Breslauer Zeitung

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 262. Freitag den 9 November 1849.

Breslau, 8. November.

Sie wollen Alle die deutsche Einheit!, Nicht Preußen und die kleineren Staaten allein, Hannover, Sachsen, Würtemberg, Baiern, wollen sie noch mehr und aufrichtiger als Preußen. Sie wollen aber nicht in eine Zerreißung Deutschlands, in den Ausschluß Oesterreichs einwilligen. Es ist dies Lied so oft gesungen, es ist so oft dargethan worden, wie wenig aufrichtig und wahrhaft es die, welche es immer wieder anstimmen, meinen können; wie gering die Einsicht derer sein müsse, welche es gläubig wiederholen, daß es wahrlich Ueberwindung kostet, noch ein Wort darüber zu verlieren. Und doch wird man immer wieder darauf zurückzukommen genöthigt, daß Oesterreich einem Bundesstaate, wie wir ihn anstreben, gar nicht beitreten könne, daß, um seinen Einfluß in Deutschland zu behaupten, sein Streben dahin gerichtet sein muß, es zu etwas Anderem als einem Staatenbund, wie wir ihn gehabt haben, gar nicht kommen zu lassen; daß die Königreiche nur so auf den Beitritt Oesterreichs dringen, so groß- und ganz-deutsch gesinnt sind, weil sie sich dann hoffen, zwischen Oesterreich und Preußen auf zwei Stühle, wie man sagt, setzen und ihre volle rheinbundszeitlichschmachgeborene Souveränetät behaupten zu können; daß daher das Vorgeben: Oesterreich noch die erforderliche Frist zur vollständigen Ordnung seiner eigenen Staaten Zeit lassen zu müssen, damit es dann mit den Vorschlägen und Bedingungen, unter welchen es dem Bundesstaate beitreten würde, hervortreten könne, — Nichts ist, als ein Winkelzug, um das Zustandekommen des Bundesstaates in die graueste Ferne zu schieben, um die Schritte, die nach aller Wahrscheinlichkeit doch dazu führen würden, wie es namentlich die Berufung und das Zusammentreten eines Reichstages wäre, zu hintertreiben. Aus dem Interim könnte dann wieder ein Bundestag erwachsen. — „Aber es ist doch im Grunde der Eine nicht besser als der Andere, dynastische Interessen sind es lediglich, die da wirken hier und dort; was kümmert dies die Völker? sie haben davon nichts zu hoffen?" — so hören wir immer wieder von denen, welche stets Freiheit und Einheit am lautesten im Munde führen, die aber dadurch, daß sie das Schwarz und Gold der deutschen Farben zu einer Verbrämung ihres blutrothen Banners mißbraucht haben, die größte Schuld daran tragen, daß jener Hoffnungsstern, der so rein und leuchtend allen wahren Freunden des deutschen Vaterlandes im vorigen Jahre aufgegangen war, so trübe gesunken ist; deren maaß- und bodenloses Trachten, deren Gewissenlosigkeit im Gebrauch der Mittel es zur wahren Freiheit nie würde kommen lassen. Wer könnte oder möchte es in Abrede stellen, daß dynastische Interessen der engern staatlichen Einigung entgegen stehen? Aber vermöchten die Dynastien ihr so viele Hindernisse zu bereiten, wenn nicht mindestens ein Theil des Volkes, gleich viel aus welchen verschiedenen Absichten, ihnen zur Seite stände? Und sind es nicht unsere Herren der Freiheit und Einheit, die jenen verderblichen Haß gegen Preußen, der nicht nur die Dynastien, sondern eben so die Stämme von einander entfernen muß, zu erhalten und zu nähern suchen, wo sich nur irgend eine Gelegenheit dazu finden läßt. — Und Preußen soll hinsichtlich seiner Bestrebungen für die Begründung der staatlichen Einigung Deutschlands, nichts vor den anderen Staaten und deren Regierungen voraus haben? Wie tief man auch von der Ueberzeugung durchdrungen sein mag, daß bei einer energischen und freisinnigen Politik auf Seiten Preußens, wir größtentheils längst schon hätten besitzen können, wonach wir jetzt mühsam ringen müssen, ohne eines baldigen Erfolges gewiß zu sein, — so wird man doch gestehen müssen, daß, was seit der Befreiung Deutschlands für die Herstellung eines innigern Verbandes der deutschen Staaten geschehen ist, von Preußen ausgegangen ist; daß man bei allen dahin gerichteten Bestrebungen stets auf den durch Souverainetätsschwindel oder Eifersucht hervorgerufenen, Widerspruch und Widerstand anderer Staaten gestoßen ist. Baiern, wo eben jetzt wieder über die deutsche Sache in den Kammern verhandelt wird, und Herr v. Lerchenfeld zuerst in einer dem Geist der Münchener Leuchtkugeln verwandtschaftlichen Rede, Schmach, Hohn und Lüge gegen Preußen schleudernd, sich aufgeschwungen hat, — Baiern trägt den Ruhm, unter jenen Staaten fast immer die erste Stelle eigenommen zu haben. Baiern war schon den, gegen Napoleon verbündeten Mächten nur unter der Zusicherung (durch den Vertrag zu Ried am 8. Oktober 1814) beigetreten, daß ihm seine rheinbundliche Souveränetät ungeschmälert verbleiben solle, während die übrigen Rheinbundsstaaten, unter der Verpflichtung aufgenommen werde, „sich den Einrichtungen zu fügen, welche die für die Erhaltung der Unabhängigkeit Deutschlands nothwendige Ordnung der Dinge definitiv festsetzen würde." — Wenn v. Lerchenfeld sagt, daß man sich durch die Reichs-Verfassung vom 28. Mai „nicht wolle mediatisiren lassen," so ist das nur eine andere Ausdrucksweise für dieselbe Sache; mit der vollen ungeschmälerten Souverainetät ist aber nicht etwa nur das einheitliche Oberhaupt, sondern eben so die Unterordnung unter einen allgemeinen Reichstag unvereinbar. Bei den Verhandlungen über die künftige politische Gestaltung Deutschlands auf dem Wiener Congreß im Jahr 1814 erklärten die Bevollmächtigten Preußens, daß es nach ihrer innersten Ueberzeugung drei Punkte seien, von denen man nicht abgehen könne, ohne der Erreichung des gemeinschaftlichen Zweckes den wesentlichsten Nachtheil zuzufügen: eine kraftvolle Kriegsgewalt, ein Bundesgericht und landständische, durch Bundesvertrag gesicherte Verfassungen. Wiederholt drang Preußen darauf, daß in der Bundesakte nicht nur die Nothwendigkeit von landständischen Verfassungen in allen deutschen Staaten anerkannt, sondern auch ein Minimum von Rechten, welches den Landständen einzuräumen sei, festgesetzt werden müsse. Wie ganz anders würden sich die politischen Verhältnisse in Deutschland und Preußen selbst gestaltet haben, wenn diese Anträge damals durchgegangen wären! Sie scheiterten an dem Widerstand der süddeutschen Rheinbundsstaaten. Würtemberg war es, welches erklärte, daß die Bestimmung eines Minimums der den Landständen einzuräumenden Rechte unmöglich in der Bundesakte zugelassen werden könne, da eine solche Vorschrift die Rechte der Landesherren kränke; und Baiern hat es zu verantworten, daß der 13. Artikel der Bundesakte, die so nichtssagende unglückliche Fassung erhielt: in einem jeden Bundesstaat wird — ein soll wollte Baiern nicht zulassen — eine landständische Verfassung stattfinden. Bis zum J. 1818 ist Preußen seinen Bestrebungen hinsichtlich der Begründung freier Verfassungen für sich und die übrigen Bundesstaaten treu geblieben, dann trat in Preußen, während die süddeutschen Regierungen wahrlich auch zunächst nicht durch reines Interesse für deutsche Einheit und Freiheit geleitet mit Begründung von Constitutionen vorangingen, durch den Einfluß der Partei, welche auch heute noch die constitutionelle Staatsform zu verhindern strebt, jener verhängnißvolle Wechsel in der Politik ein, der Preußen in die Dienstbarkeit von Oesterreichs gebracht, seinen Einfluß in Deutschland untergraben, die Regierung lange mit der Schuld einer nicht erfüllten Zusage belastet hat. — Auch die Errichtung eines Bundesgerichtes, ohne welches man nach Preußens Erklärung auf dem Wiener Kongreß, nie würde die Ueberzeugung aufheben können, daß dem Rechtsgebäude in Deutschland der letzte und nothwendigste Schlußstein mangle, scheiterte vorzüglich an Baierns Widerstand. Preußen hat in Bezug auf dasselbe seiner früheren Ansicht, auf welche es zu verschiedenen Zeiten wieder zurückgekommen ist, nie entsagt. Hätten wir nur ein Bundesgericht gehabt, so hätten dem Rechtsbewußtsein des deutschen Volkes nicht so tiefe Wunden geschlagen werden können, wie es durch die Aufhebung der hannoverschen Verfassung im J. 1837 und durch andere Vorgänge geschehen ist; so würde das Vertrauen zwischen Völkern und Regierungen nicht so tief erschüttert, der Bundestag, als eine bloße Polizei-Anstalt, zu einer solchen Verachtung herabgesunken sein, wie es geschehen ist, und um so mehr eintreten mußte, da von demselben für die materiellen Interessen Deutschlands gar nichts gethan wurde, und bei den widerstrebenden Interessen Oesterreichs, das hier den größten Einfluß übte, auch nichts gethan werden konnte. Preußen ist es aber gewesen, welches den Zollverein ins Leben gerufen hat, der zumal bei einer weitern Ausdehnung und schnellern Fortentwickelung — welche sicher nicht bloß durch die einseitige Auffassung der materiellen Interessen aufgehalten wurde — ein innigeres Band unter den Staaten und Stämmen begründet haben würde, als es jener Bund der souverainen Fürsten und freien Städte Deutschlands zu thun vermochte. Aus der bekannten Schrift des Herrn v. Radowitz sind wir näher damit bekannt geworden, wie unser König, von der Ueberzeugung durchdrungen, daß es ein unabweisliches Bedürfniß sei, daß dem Bunde, welcher keiner der Anforderungen des deutschen Volkes entsprach, neues Leben eingehaucht, eine andere Richtung gegeben werden müsse, sich von seiner Thronbesteigung an das Hinwirken auf eine Umgestaltung desselben zur Aufgabe gestellt hatte. Es ist uns dadurch nur bestätigt und mehr im Zusammenhang gezeigt worden, was aus einzelnen Berichten, Erscheinungen und Thatsachen bekannt geworden war, oder doch geahnet werden konnte. Nur in Beziehung auf die bessere Organisation des Bundesheerwesens fand Preußens Bestrebung bei Oesterreich den erforderlichen Anklang und die Unterstützung, so wie dem seit 1815 dauernden Streit, ob zunächst zum Schutze Süddeutschlands die neu zu errichtende Bundesfestung am Oberrhein oder an der Donau gebaut werden sollte, endlich durch Preußen ein Ende gemacht wurde, indem es die Errichtung von zwei Festungen für nothwendig erklärte und sich zu seinem bundesmäßigen Beitrage zu den Mehrkosten — 5 Mill. Fl. — erbot. Alle übrigen Anträge in Beziehung auf die Presse, auf die Veröffentlichung der Bundesverhandlung u. s. f. blieben ohne Erfolg. Wenn daher der König in seinem Patent vom 18. März v. J. aussprach: Wir verlangen, daß Deutschland aus einem Staatenbund in einen Bundesstaat verwandelt werde; wir verlangen eine allgemeine Wehrverfassung, ein deutsches Bundesgericht, ein allgemein deutsches Heimathsrecht und volle Freizügigkeit in dem gesammten deutschen Vaterlande, daß fortan keine Zollschranke mehr den Verkehr auf deutschem Boden hemme, wir schlagen vor Preßfreiheit mit gleichen Garantien gegen deren Mißbrauch für das gesammte deutsche Vaterland, — so sind dieses Dinge, welche Preußen schon früher angestrebt hatte; und dies zu einer Zeit, wo Alles nur im Vereine mit Oesterreich geschehen konnte, so daß doch damals nicht dynastische, nicht partikularistische Interessen das leitende Moment gewesen sein können. Welche Vorwürfe Preußen treffen, wodurch es selbst mit verschuldet hat, daß seine Bestrebungen trotz allem Widerstreben nicht mit einem bessern Erfolg gekrönt worden sind, haben wir nicht verhehlt. Die Lehren, welche man empfangen, werden hoffentlich nicht vergebens gewesen sein. Preußen wird den von ihm betretenen Weg nun mit unerschütterlicher und furchtloser Beharrlichkeit verfolgen. Die deutschen Völker werden aber mehr und mehr zur Erkenntniß kommen, von wo etwas für die Einheit Deutschlands noch wirklich zu hoffen und zu erwarten ist, wo die Interessen, wenn auch nur diese entscheiden sollten, sich begegnen oder einander entgegenstehen. Wilda.

Preußen.

Kammer-Verhandlungen.

II. Kammer. 49. Sitzung vom 7. Novbr.

Die Sitzung wird $12\frac{1}{4}$ Uhr vom Präsidenten Grafen v. Schwerin eröffnet. Am Ministertisch finden sich im Laufe der Verhandlung ein: Graf Brandenburg, v. Manteuffel, v. Strotha, Simons, v. d. Heydt, v. Rabe, v. Ladenberg, v. Schleinitz.

Mehrere Urlaubs-Gesuche werden mitgetheilt.

Die Herren v. Aster, Delbrück und Bischof werden heute als Regierungs-Kommissare fungiren.

Der Präsident zeigt an, daß heute eine Deputation des Central-Arbeiter-Vereins der Provinz Brandenburg bei ihm gewesen, um der Kammer den Dank für die Annahme des Gewerbegesetzes auszudrücken. Albenhoven beantragt Tagesordnung, und die Verlesung der übergebenen Adresse wird abgelehnt.

Nach einer kurzen Debatte wird bestimmt, daß der

Harkort'sche Entwurf in der Kommission in Berathung genommen werden soll.

Tages-Ordnung: 1) Vorläufiger Bericht der Central-Kommission zur Prüfung des Staatshaushalts-Etats.

Die Central-Kommission hat beantragt:

1) Die Staats-Regierung zu ersuchen: Den Staatshaushalts-Etat pro 1850 baldigst und unabhängig von der Feststellung des Etats pro 1849 vorzulegen, wobei derselben lediglich anheimgestellt werden müßte, in wie weit sie dabei die ihr durch Mittheilung der Protokolle bekannt gewordenen Ansichten der Kommission berücksichtigen wolle;
2) Die Anträge der Kommission über beide Etats in zweckmäßiger Kombination gleichzeitig zur Berathung zu ziehen.

Finanz-Minister v. Rabe erklärt sich mit dem Antrage einverstanden und verspricht, sobald als möglich den Etat-Entwurf vorzulegen.

v. Auerswald trägt darauf an: die Erklärung des Herrn Finanzministers in das Protokoll aufzunehmen.

Der Antrag der Central-Kommission wird angenommen.

2) Bericht der Central-Kommission zur Prüfung des Staatshaushalts-Etats über den Ausgabe-Etat der ersten und zweiten Kammer.

Zu dem Antrage der Kommission sind Amendements eingegangen.

v. Groddeck findet es nicht „gentlemenartig", daß die Kammer sich mit der Bestimmung des Etats der 1. Kammer beschäftige und trägt darauf an, die dahin abzielenden Erwägungen der Kommission außer Betracht zu lassen.

Vice-Präsident Lensing übernimmt den Vorsitz.

Graf Schwerin erklärt sich entschieden gegen den Theil des Amendements Hirsch, welches für jeden Präsidenten beider Kammern eine monatliche Summe von 1000 Rtl. Repräsentationskosten verlangt; es liege augenblicklich nicht das Bedürfniß hierzu vor und die Kammer habe die Pflicht, dem Lande gegenüber nur dasselbe in's Auge zu fassen. (Bravo.)

Hirsch vertheidigt sein Amendement. — Ein Antrag auf Schluß wird unterstützt und dann verworfen.

v. Kleist-Retzow ist gegen die Kommission, welche das Gehalt der Stenographen herabgesetzt sehen will und führt mehrere Gründe der Nützlichkeit an.

Referent (Hesse, Sangerhausen): zunächst gegen das Amendement Hirsch und dessen Bestimmung über die Repräsentationskosten der Präsidenten, da man, wenn man sparsam sein wolle, im eigenen Hause anzufangen habe. Gegen Groddecks Amendement, um dem Vorwurfe einer zu großen Kollegialität zu entgehen. Mit dem Amendement von Kleitz-Retzow stimmt er zum Theil überein, müsse jedoch bei dem Antrage der Central-Kommission beharren.

Es wird, nachdem Minister v. Manteuffel noch bemerkt, daß aus dem Erlös der stenographischen Berichte sich kein Ueberschuß zur Unterstützung der Stenographie ergebe, zur Abstimmung geschritten.

Das Amendement Groddeck, welches den Etat der ersten Kammer auf 33070 Rthl. gesetzt wissen will, wird nach zweifelhafter Abstimmung angenommen.

Der Antrag der Kommission: für Reisekosten und Diäten der Deputirten der zweiten Kammer auf die Summe von 150,000 Rthl. festzusetzen, wird angenommen.

Abschn. II. Tit. I. des Etats, welcher für fortdauernde Ausgaben 4390 Rthl., und Tit. II., welcher für zeitweise persönliche Ausgaben 1205 Rthl. festsetzt, wird von der Kammer genehmigt.

Zu Tit. II. 6 ist von Harkort ein Amendement eingebracht, welches die Summe zu „unvorhergesehenen Ausgaben" um 500 Rthl. zu erhöhen verlangt. Dasselbe wird angenommen und danach der Etat für Tit. II. 6 (sächliche zeitweise Ausgaben für die 4monatliche Dauer der Sitzungen) auf 5675 Rthlr. festgestellt.

Zu Abschn. III. werden von Kleist-Retzow zwei Amendements gestellt, deren erstes der Regierung die Anstellung und Besoldung der Stenographie zugewiesen wissen will; das zweite Amendement verlangt eine Remuneration der Stenographen, wie sie dieselben bei der ersten Kammer erhalten. Nur das zweite Amendement wird angenommen, das erste verworfen.

Die „Anmerkungen", welche materielle Bestimmungen über die Beamten ꝛc. enthalten, werden genehmigt.

Die ferneren Anträge der Central-Kommission unter 3, 4 und an Stelle von 5 ein Amendement von Hirsch werden angenommen, ein zweites Amendement von Hirsch, die Gewährung von Repräsentationskosten an die Kammer-Präsidenten betreffend, abgelehnt; jene lauten:

3) daß bei Ausführung des Etats die am Schlusse der Entwürfe abgedruckten allgemeinen Grundsätze für maßgebend zu erklären;
4) daß dieser Beschluß der ersten Kammer und der Staats-Regierung zur Erklärung, beziehungsweise zur Einholung der Allerhöchsten Genehmigung und event. Aufnahme in den allgemeinen Staatshaushalts-Etat mittheilen.
5) (Amendement Hirsch): daß dem Präsidenten der zweiten Kammer eine Dienstwohnung mit angemessener Ausstattung in der Nähe des Kammer-Gebäudes angewiesen werde und das Bureau das Weitere bei der Staats-Regierung einzuleiten habe.

3ter Theil der Tages-Ordn.: **Bericht der Kommission für Handel und Gewerbe über die Verordnung vom 9. Februar, die Errichtung von Gewerbegerichten betreffend und die darauf bezüglichen Petitionen.**

Es sind mehrere Amendements eingebracht. v. Viebahn beantragt die Annahme des Gesetzes en bloc. Nach unbedeutenden Bemerkungen werden die Anträge der Kommission angenommen. Sie lauten:

„Die hohe Kammer wolle beschließen:

1) es anzuerkennen, daß für die Erlassung des Gesetzes vom 9. Februar d. J., die Errichtung von Geweibe-Gerichten betreffend, im Sinne des Art. 105 der Verfassung eine dringende Veranlassung vorgelegen; und
2) dem vorbezeichneten Gesetze ihre Zustimmung zu ertheilen."

Auf der Tages-Ordnung steht ferner **der Bericht der Kommission der Finanzen und Zölle über die Verordnung vom 3. März d., betreffend die Aenderung des Zolltarifs mit Rücksicht auf den Eingangszoll für ungereinigte Soda.**

Nachdem Mohr über die vielseitige Anwendung und die Wichtigkeit der Soda gesprochen und Harkort hervorgehoben, daß diesseits wegen der schlechten Berggesetzgebung nicht mit dem Auslande zu konkurriren sei, daher unsere Fabriken eines Zollschutzes bedürften, genehmigt die Kammer nachträglich die Verordnung vom 3. März d.

Endlich kommt der letzte Theil der Tagesordnung zur Verhandlung: **Bericht der Kommission für das Justizwesen über die vorläufige Verordnung vom 18. Dezember v. J., betreffend die bäuerliche Erbfolge in der Provinz Westfalen.**

Die Kommission beantragt die Anerkennung der Dringlichkeit der Verordnung vom 18. Dezember 1848 und die nachträgliche Genehmigung dieser vorläufigen Verordnung in unveränderter Fassung.

Ein Amendement, welches Abänderung des durch die Verordnung aufgehobenen Gesetzes von 1836 verlangt, wird nicht unterstützt.

Nach kurzer Debatte wird der Antrag der Kommission angenommen.

Schluß $3^1/_4$ Uhr. Nächste Sitzung: Freitag 10 Uhr.

Tagesordnung: Berathung über Art. 11 bis 16 der Verfassung.

Berlin, 7. Nov. Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: dem Eisenbahn-Kommissarius, Regierungsrath Christian v. Maaßen den Charakter als geh. Regierungsrath zu verleihen.

Dem Kantor und Lehrer Börner zu Charlottenburg ist das Prädikat Musikdirektor beigelegt worden.

Monats-Uebersicht der preußischen Bank, gemäß § 99 der Bankordnung vom 5. Oktober 1846.

Aktiva.		
1) Geprägtes Geld und Barren . .	19,345,600	Rtlr.
2) Kassen-Anweisungen und Darlehnskassenscheine	4,149,700	„
3) Wechsel-Bestände	10,794,700	„
4) Lombard Bestände	9,937,200	„
5) Staats-Papiere, verschiedene Forderungen und Aktiva	13,172,400	„
Passiva.		
6) Banknoten im Umlauf	18,032,700	Rtlr.
7) Depositen-Kapitalien	22,465,500	„
8) Darlehne des Staats in Kassen-Anweisungen (nach Rückzahlung von 4,900,000 Rtl. cfr. § 29 der Bank-Ordnung vom 5. Oktober 1846)	1,100,000	„
9) Guthaben der Staatskassen, Institute und Privatpersonen, mit Einschluß des Giro-Verkehrs	3,427,900	„

Dem Mechaniker W. Weitmann zu Aachen ist unter dem 3. November 1849 ein Patent auf zwei durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene, in ihrer Zusammensetzung für neu und eigenthümlich erkannte mechanische Vorrichtungen zum Föhren und Lochen von Nähnadeln, auf sechs Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des preußischen Staates ertheilt worden. — Dem Stadtwachtmeister G. W. Wernicke zu Berlin ist unter dem 4. November 1849 ein Einführungspatent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung erläuterte, für neu und eigenthümlich erkannte Art von Wagenfedern auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staates ertheilt worden. — Dem Maschinenbaumeister A. Tischbein zu Buckau bei Magdeburg ist unter dem 4. November 1849 ein Einführungspatent auf einen Apparat, um Zuckersäfte zu verdampfeu und zu kochen, so weit derselbe als neu und eigenthümlich anerkannt worden ist, ohne Jemand in der Anwendung bekannter Theile zu behindern, auf acht Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staats ertheilt worden.

Abgereist: Se. Durchl. der Generallieutenant und Kommandeur der 6. Division, Fürst Wilhelm Radziwill nach Torgau. — Der königl. spanische außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am hiesigen Hofe, Marquis de Valdegamas, nach Madrid.

Angekommen: Se. Exz. der Generallieutenant und Kommandeur der 10. Division, Freih. v. Steinäcker, von Gastein.

†† [Der preußische Staats-Anzeiger über den österreichischen Zollanschluß.] Der preußische Staatsanzeiger hat gestern auf die Vorschläge der Wiener Zeitung vom 26. Oktober für die Zoll- und Handelseinigung Oesterreichs und Deutschlands geantwortet. Von der wahren Natur der Beziehungen, welche gegenwärtig zwischen den Kabineten von Wien und Berlin herrschen, soll zunächst hier ganz abgesehen und nur der Inhalt des vorliegenden Artikels, welcher als halboffiziell anzusehen ist, angegeben werden. Der Streit um die Hegemonie in Deutschland, welcher zwischen Preußen und Oesterreich geführt wird, spiegelt sich auch in den beiden Blättern ab, nun es sich um die Initiative in den materiellen Fragen handelt. Die Wiener Zeitung hatte mit Selbstgefühl hervorleuchten lassen, Oesterreich werde sich nun an die Spitze der materiellen Interessen in Deutschland stellen. — Der preußische Staatsanzeiger, nachdem er ein Resumé der österreichischen Vorschläge gebracht, nimmt daran, daß die Ausführung auf der Voraussetzung zweier großer handelspolitischer, in sich durch eine gemeinsame legislative Gewalt zu einem politischen Ganzen abgeschlossener Gebiete, die wiederum zu einem neuen handelspolitischen Ganzen zusammentreten, beruhe und daß die Wirklichkeit weder in Deutschland noch Oesterreich diesen Anforderungen entspreche. Er macht ferner darauf aufmerksam, daß die preußische Regierung bereits zweimal, das erstemal kurz nach der Gründung des Zollvereins, das zweitemal nach der Einziehung Krakaus in die österreichische Zollgrenze mit Vorschlägen zur Zolleinigung hervorgetreten sei, die, obwohl auf der Basis der gegenwärtigen österreichischen gemacht, durchaus zurückgewiesen wurden. Auf das Detail der österreichischen Vorschläge eingehend, macht der Artikel des Staatsanzeigers zuerst mit Recht auf einen kleinen faux pas bemerklich, den die sonst so umsichtigen Wiener Staatsmänner begangen haben. Sie sind nämlich immer sehr zärtlich gegen die Interessen der Nordseestaaten, aber indem sie bei dem Vorschlage gegenseitiger zollfreier Einfuhr der Metalle von einem gleichmäßigen Schutze an den Grenzen der beiderseitigen Zollgebiete gegen die nicht zu denselben gehörigen Länder sprechen, vergessen sie glücklich, daß niedrige Besteuerung der Metalle eine der Hauptwünsche der Nordseestaaten. — Bezugs der in Aussicht gestellten Aufhebung der österreichischen Einfuhrverbote und Prohibitivzölle und der Vorschläge der Wiener Zeitung auf Erhöhung des Zollvereinstarifs wird im Staatsanzeiger zuerst unter höflicher Hinweisung auf die Ausbildung der Industrie in Oesterreich jede übertriebene Hoffnung auf Vermehrung der Zollvereinsausfuhr dahin zurückgeweisen, dann sehr pikant gefragt, ob die Erhöhung der Tarifsätze des Zollvereins, welche Oesterreich fordert, auch für Oesterreich selbst gelten solle, und zuletzt ziemlich bestimmt ausgesprochen, daß bei Bestimmung eines neuen Tarifs für die gegenseitige Fabrikateneinfuhr nur von den Sätzen des Zollvereinstarifs ausgegangen werden könne. In der Befreiung des Transito in der Frage über Durchfuhrzölle, über gegenseitige Vereinbarungen in Handels-, Seerecht-, Flußschifffahrts-, Post-, Eisenbahn-, Telegraphenwesen, sind die beiden Blätter so ziemlich einverstanden, obgleich ein jedes dem resp. Staate den Ruhm der Initiative zu wahren sucht. — Weiter jedoch als bis über diese Verständigung in Dingen hinaus, die sich in der Gegenwart realisiren lassen, erklärt der Staatsanzeiger „dem Fluge der lebhaften Phantasie" des Wiener Kabinets nicht folgen zu können, und er bemerkt mit großem Recht, daß ein Vorausgreifen in die gesammte staatswirthschaftliche Entwickelung zweier Länder durch Gesetze, wie sie die 4 Perioden der Wiener Vorschläge beabsichtigen, aller positiven Grundlagen entbehrt, allen gesunden staatswirthschaftlichen Principien widerspricht und entweder zu reelen Nachtheilen für eine oder beide kontrahirende Parteien, oder zu einer unendlichen Ausdehnung der Perioden, zu einer vollständigen Unsicherheit des Verkehrs und schweren Mißhelligkeiten zwischen den Gewerbetreibenden beider Staaten und den Regierungen mit den Gewerbetreibenden führen müßte.

Wie man aus dieser Ansicht über die 4 Perioden, welche die Wiener Zeitung vorschlägt, und aus dem Vergnügen, mit welchem der Seitenhieb auf das kleine Mißverständniß über die Metalle in Bezug auf die Nordseestaaten ertheilt wird, schließen kann, ist der Sinn, welchen die österreichische Regierung ihrer „Anbahnung" der Zolleinheit zu Grunde legt, dem preußischen Staatsanzeiger sehr wohl bekannt. **Es ist in diesen Blättern schon ausgesprochen, und später aus wohlunterrichteten süddeutschen bestätigt worden, daß Oesterreich nur eine Trennung der Interessen im Zollverein sowohl als zwischen Preußen und den norddeutschen Staaten beabsichtigte, indem es gerade in diesem Augenblicke mit seinen Vorschlägen hervortrat.** Es ist von hoher Wichtigkeit, daß auch das halbamtliche preußische Blatt diese Ansicht ziemlich deutlich zwischen den Zeilen lesen läßt.

P.C. **Berlin**, 7. Novbr. [Das deutsche Reich in spe.] Unsere getreuen Verbündeten Hannover und Sachsen nehmen stets den Mund so voll, Oesterreich die gebührende Stellung in Deutschland anweisen zu müssen. Diese schwarzgelbe Devise soll die dynastischen Hintergedanken verdecken und den guten Michel vom Wege der Einheit ablenken. — Möglich, daß das Kunststück kurze Zeit den Sonderinteressen das Leben fristet; allein wir fürchten, das alte Sprichwort wird eintreffen: „Der Krug geht so lange zu Wasser, bis er bricht!" und dann wird von diesen kleinen Höfen das „Zu spät!" wehklagend erschallen. — Was denkt man eigentlich in Wien im Publikum über die Sache? Von unsern Abgeordneten zum Eisenbahn-Kongresse erfahren wir aus der österreichischen Hauptstadt: daß keine Seele an einen Beitritt der deutsch-österreichischen Staaten zu Deutschland auch nur im Entferntesten denkt!! Oesterreich muß seine andern Kronländer durch das deutsche Element zu einem haltbaren Ganzen verschmelzen und kann unmöglich die besten Kräfte isoliren. Früher sagte man vom Deutschen in Wien: „Der kommt aus dem Reich!" Heute heißt es: „Unsere lieben Gäste aus Deutschland!" Wer Ohren hat zu hören, der merkt doch handgreiflich, wo das hinaus will! — Oesterreich möchte sich ohne Opfer den alten Einfluß sichern, und das scheint uns sehr natürlich. — Wenn dagegen die kleinen Potentaten große Politik spielen und die zwei Hauptmächte neutralisiren wollen, um sich als Punkte des Gleichgewichts zu constituiren, so ist das ein vergeblich Wagen. — Die schlechten Rechenmeister werden später dem Gesetz der Anziehungskraft großer Körper unterliegen. Schaffen sie dagegen ein kräftiges Deutschland, so ist ihnen eine ehrenhafte Zukunft als integrirender Theil des Bundesstaats gesichert, und zu diesem Ziele strebt die Nation trotz allen Zaunkönigen der Welt. Deutschland selbst sei der Kristallisationspunkt! Preußen deutet ehrlich darauf hin, und wenn seine warnende Stimme überhört wird, so wird die Nemesis die Schuldigen zu seiner Zeit zu finden wissen; Deutschland wird unzweifelhaft in diesem Falle ein Rächer erstehen!

A. Z. C. **Berlin**, 7. Novbr. [Schaffranek. — Die Kettenfrage. — Die Finanzkommission. — Reskript an die Staatsanwalte.] Dem Abgeordneten in der zweiten Kammer, Pfarrer Schaffranek aus Oberschlesien, ist bis jetzt noch keine Anzeige vom Gerichte zugegangen, daß der Staatsanwalt die wider ihn wegen der vorjährigen Steuerverweigerung erhobene Anklage, wie bei mehreren andern seiner politischen Glaubensgenossen, zurückgenommen habe. — Die Frage, ob der Bürgermeister und der Stadtverordneten-Vorsteher am 9. d. M. bei dem großen ministeriellen Gastmahl in Amtstracht „Amtskette" erscheinen sollten, hat zu einem heftigen Zerwürfniß innerhalb der städtischen Behörden geführt. Die neueste Nummer der Nationalzeitung enthält eine Erklärung des Stadtrath Runge, worin derselbe mittheilt, daß er gegen einen Beschluß der Majorität des Magistrats, worin dem Bürgermeister gestattet worden, „in Amtstracht und mit der Amtskette, mithin als Repräsentant des Magistrats," Theil zu nehmen, ausdrücklich Protest eingelegt habe. Wie es heißt, sollen noch 3 oder 4 Mitglieder seiner Ansicht gewesen, jedoch um deshalb von einem Protest abgestanden sein, weil nach ihrer Ansicht gar kein Beschluß vorlag. Nach einem älteren Kommunalbeschluß stände es nämlich dem Bürgermeister und Stadtverordneten-Vorsteher jederzeit frei, nach eigenem Ermessen bei öffentlichen Anlässen in Amtstracht zu erscheinen und deshalb habe auch der Bürgermeister nicht sowohl den Beschluß des Magistrats eingeholt, als vielmehr nur die gutachtliche Ansicht seiner Kollegen zu vernehmen gewünscht. Wahrscheinlich werden aber demnächst Schritte gethan werden, jenen älteren Kommunalbeschluß aufzuheben. Noch heftiger ist der Sturm gestern Nachmittag in einer geheimen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung gewesen, wo der Vorsteher erklärte, daß er ebenfalls mit der Kette erscheinen wolle. Hier lag bereits ein ausdrücklicher Beschluß vor, daß die Stadtverordneten-Versammlung sich nicht amtlich betheiligen, sondern jedem Mitgliede nur eine privative Theilnahme gestatten wolle, worüber man im Magistrat schweigend hinweggegangen war. Darauf stützten sich nun die Mitglieder der Linken und verlangten vom Vorsteher, daß er den gedachten Schritt unterlasse. Die Mitglieder der Rechten traten ihm indeß zur Seite und so soll es einen Höllenspektakel gegeben haben. Der Vorsteher verschanzte sich indeß mit Geschick hinter den Bürgermeister, neben welchem er nicht ohne Kette auftreten dürfe und nachdem der weitere Rath Anderer, er möge sich krank melden lassen, ohne eigentlichen Anklang geblieben war, ließ man die Sache auf sich beruhen. Das Endresultat ist einstweilen viel böses Blut nach allen Seiten. — Die Finanz-Kommission hat ihre wichtigen Berathungen über die neue Steuergesetzgebung geschlossen und wird heut Abend ihre Endabstimmung vornehmen. Allem Anschein nach wird man die Mahl- und Schlachtsteuer fallen lassen oder sie doch äußersten Falls nur als eine Kommunalsteuer für die größeren Städte beibehalten, dagegen sich im Prinzip für die Einkommensteuer erklären. Ob aber dessenungeachtet der von der Regierung vorgelegte Gesetz-Entwurf einer Klassen- und Einkommensteuer die Billigung der Kommission erhält, erscheint noch sehr zweifelhaft. Wahrscheinlich wird die Majorität sich dahin entscheiden, nach Analogie der Klassensteuer, welche bekanntlich bis zu einem Einkommen von 1000 Thalern erhoben werden soll, auch die eigentliche Einkommensteuer (von einem Einkommen über 1000 Thaler) in eine höher gestufte Klassensteuer zu verwandeln, so daß dann das ganze Land einer einzigen Besteuerungsart unterliegt. Es haben hierüber eben so lebhafte als interessante Debatten im Schoße der Kommission stattgefunden. Als der Hauptvertreter dieser Idee gilt Herr v. Patow. Er und seine Freunde hoffen dadurch das Unpopuläre, was der Einkommensteuer immer anklebt, zu beseitigen und zugleich dem Einwande der Klassen-Steuerpflichtigen zu begegnen, daß sie doch wiederum einer anderen und höheren Steuer unterlägen, als die Einkommen-Steuerpflichtigen. Nach ihren Vorschlägen soll deshalb eine einzige Steuer bestehen, die auf dem Einkommen beruht und dem Lande theilweise schon früher geläufig war, das ist die Einkommensteuer. — Wir erwähnten bereits einmal eines Reskripts des Justizministers an die Staatsanwalte im Lande über das bei Denunziationen von Majestätsbeleidigungen einzuhaltende Verfahren. Dasselbe wird in diesen Tagen im Justizministerialblatt erscheinen. Es lautet etwa dahin, daß die Staatsanwalte die gedachten Denunziationen fortan mit großer Vorsicht aufzunehmen hätten, weil die vielen Prozesse wegen Majestätsbeleidigung dem Königthum nur schaden und die Ehrfurcht vor der Person des Königs im Volke vermindern müßten. Sie möchten daher, wenn sich herausstelle, daß die denunzirten Worte etwa nur im Scherz oder im vertrauten Kreise gesprochen seien und darnach erwartet werden könne, daß die Jury das Schuldig verweigern werde, die Denunziation ad acta legen.

C. B. **Berlin**, 7. November. [Feier des 9. November. Professor Phillipps. Die Anklageakte gegen Waldeck.] Zum nächsten Freitag sind zahllose Festmahle veranstaltet; der Treubund hat das Gesellschaftshaus gewählt, andere große Lokale sind von anderen konservatlven Genossenschaften zu gleichen Zwecken in Beschlag genommen. Das umfangreichste Lokal, der Saal des Kroll'schen Wintergartens, wird den Mittelpunkt des Festes bilden. Die Minister werden dort erscheinen und an die Versammlung Ansprachen richten. — Es wird hier ziemlich ernst aufgefaßt, daß die österreichische Regierung über den Eintritt des früheren baierischen Professors Phillipps in österreichischen Staatsdienst unterhandelt. Bekanntlich ist Phillips ein geborener Preuße, (aus Elbing, ein Bruder des Oberbürgermeisters Ph. daselbst), der im Anfange des vorigen Jahrzehents als Professor der Rechte an hiesiger Universität gleichzeitig mit seinem Freunde, Landsmann und Amtsgenossen Jarke zum Katholicismus übertrat. Der s. Z. vom „Rhein. Beobachter" mit Eifer verfochtene Satz, daß diese beiden Konvertiten mit den beiden Görres die grimmigsten und schädlichsten Feinde des Preußenthums seien, ist ein Dogma, welches mit der Zähigkeit büreaukratischer Traditionen sich auch im konstitutionellen Preußen erhatten hat und Glauben findet. Ueberdies ist man hier der Ueberzeugung, **daß in den Händen des Professor Phillips sich die sämmtlichen Fäden der neuesten antipreußischen Bestrebungen vereinigt finden.** — Die Anklage gegen Waldeck ist seinem Vertheidiger, dem Advokat-Anwalt Dorn noch nicht zugegangen. (Dem Gericht ist sie bekanntlich gestern behändigt.) Als Herr Dorn den Oberstaatsanwalt vor einiger Zeit um beschleunigte Mittheilung des Anklageaktes ersuchte und auf die gesetzliche Vorschrift aufmerksam machte, nach welcher die Anklageschrift innerhalb acht Tagen einzureichen ist, erhielt er den Bescheid: „dem Staatsanwalte stehe nur ein Abschreiber zur Verfügung, und dadurch werde die Verzögerung herbeigeführt." Wie lange die Anfertigung von Reinschriften die Entscheidung der Angelegenheit noch hinausschieben wird, läßt sich sonach schwer ermessen.

In den Stadtvoigtei-Gefängnissen steht eine große Aenderung bevor. Der Appellations-Gerichts-Präsident Koch, der Direktor Harrassowitz, der Polizei-Präsident Hinkeldey u. m. A. besichtigten dieser Tage alle Zellen. Man sprach auch davon, daß der Justizminister, um sich persönlich von der Nothwendigkeit einer Reorganisation der Stadtvoigtei zu überzeugen, einen Besuch angekündigt habe. Waldeck hat eine neue gesundere Zelle, nach der Wasserseite hinaus, erhalten. (N. Z.)

Gestern Abend fand eine Generalversammlung der sämmtlichen Vertrauensmänner des Treubundes unter dem Vorsitze des Generalmajor v. Heyduck statt. Bei der sich um den Finanzpunkt bewegenden Debatte stellte sich heraus, daß der Bund über umfangreiche Kapitalien zn verfügen hat. C. C.

= **Aus dem Posenschen**, 3. November. [Nothzustände.] Das Poetische politischer und nationaler Aufregung ist uns entschwunden und schwer wie Blei lastet die Prosa der unerquicklichen Gegenwart auf uns. Die Stadt Posen hat mit Recht über die ungeheuern Verluste zu klagen, die sie durch die Unruhen erlitten hat; der Gewerbstand und der Grundbesitzer nähern sich peu à peu dem Proletariat und der Egalté, denn auch die Fraternité werden sich von selbst finden, wenn alle Stände, außer den wohl und pünktlich bezahlten Staatsbeamten, sich kümmerlich durchs Leben schlagen müssen. Was von den Bewohnern Posens gilt, gilt auch in vollem Maße von uns Landbewohnern. Die Produkte unseres Bodens werden schlecht bezahlt, und glücklich ist der, der noch Produkte zu verkaufen hat, denn bei vielen, — ja sehr vielen, — sind sie schon längst in den Händen der Wucherer, die das Getreide auf dem Halme, die Wolle auf dem Schafe erkauft haben. Wie könnte es auch anders sein. — Seit langer langer Zeit waren unsere Beutel angewiesen große Massen Emigranten, unter denen freilich Verwandte und Söhne waren, zu unterhalten; diese Zahl hat sich in den beiden vergangenen Jahren wieder bedeutend rekrutirt. Erst vor wenig Tagen sind 1600 Franken für die Algiersche Emigration abgeschickt. Man muß den Brief der Bittsteller aus Algier in Nr. 121 unseres Dziennik polski lesen. — „Wir sind, lautet er, viele ohne Stiefeln, ohne Hemden, — von 170 erhalten 45 Lebensmittel; das Pfund Kartoffeln kostet 5 Sous. Das Wetter wird kalt, — wir sind bald in der Lage zu verhungern." Einen ähnlichen Brief enthält Nr. 119 der Londoner polnischen Emigration; — auch diese klagen über Mangel an Kleidung und sind mit einer Mahlzeit täglich zufrieden. — Die Mittheilungen der polnischen Emigranten aus Frankreich enthalten außer den Schilderungen der zu erleidenden Noth den bittersten Haß gegen die französische Regierung, die die Emigranten auf jede Weise drückt. Da man leicht Regierung und Volk identifizirt, so ist jetzt der Pole zum erstenmal ein um so erbitterter Feind des Franzosen, je mehr er bisher mit der französischen Gunst und Freundschaft geprahlt hat, obgleich Frankreich seit jeher die Polen gehänselt und zu eigenen Zwecken gemißbraucht hat. — Außer den unaufhörlichen Gaben für unsere unglücklichen Auswanderer leerten die Beiträge zu der Liga und ähnlichen wohlthätigen Sammlungen den Beutel, — die Revolution und die vielen Besuche mit großer Dreistigkeit sich einführender Vaterlandsretter, die oft bestimmten, wie viel Geld, Kleider und Wäsche sie brauchten, erschöpften alle Vorräthe, und wenn die nicht zu verschiebenden Zahlungstermine an die Landschaft oder andere Gläubiger kamen, mußten christliche und jüdische Wucherer gesucht und flehentlich mit Bitten bedrängt werden, um zu 20 bis 30 pCt., die gleich pränumerando abgezogen wurden, das nöthige Geld herzugeben. So geht's mit vielen von uns sehr rasch bergab, und daß die Agrikultur dabei nicht gewinnen kann, ist evident.

Düsseldorf, 6. Nomber. [Klapka.] Die Nachricht, daß Klapka hier verhaftet worden sei, ist Lüge. Da er von der in seinem Reisepasse ihm angewiesenen Route abgewichen war, so mußte er nach Belgien, woher er gekommen, zurückreisen; was heute Morgen geschehen ist. Klapka machte auf alle, welche Gelegenheit hatten, ihm näher zu kommen, den freundlichsten Eindruck; allgemein lobt man sein gesetztes und liebenswürdiges Benehmen. (Düsseld. Z.)

Münster, 5. November. [Temme.] Ich hatte Ihnen gemeldet, daß das Kriminalamt in Stuttgart sich geweigert habe, Zeugen in der Untersuchung gegen Temme zu vernehmen; nach 14tägigem Harren hat jetzt das Appellationsgericht beim Justizminister beantragt, die Vernehmung jener Zeugen durch das Kriminalamt auf diplomatischem Wege zu bewirken. Der Geschäftsgang bei dergleichen Requisitionen ist bekanntlich sehr langsam und umständlich. Der Justizminister berichtet an den Minister des Auswärtigen, dieser an den preußischen Gesandten in Stuttgart, dieser an das auswärtige Departement daselbst, dieses an den Justizminister, dieser endlich an das betreffende

Gericht, und ebendenselben Weg muß die Sache zurücknehmen. Und der wahrscheinliche Erfolg ist einerseits die wiederholte Weigerung jenes Gerichts, da nach den würtembergischen Institutionen dasselbe unabhängig von Ministerialbefehlen ist, das gewisse Resultat aber andererseits ist, daß Temme's Haft dadurch wenigstens zwei Monate verlängert wird. Diese dauert jetzt in den fünften Monat, und noch ist man in der Untersuchung nicht weiter gekommen, als man in der ersten Woche war oder hätte sein müssen. — Das erst vor einigen Tagen hier eingerückte Kürassierregiment wird Münster aller Wahrscheinlichkeit nach sehr bald wieder verlassen und in Paderborn, Neuhaus und Lippstadt Garnison nehmen, dagegen sollen die rothen Husaren hierher kommen. (Düsseld. Z.)

Deutschland.

Frankfurt a. M., 4. Nov. [Tagesbegebenheiten.] Der Prinz von Preußen wird auf der Rückreise aus Karlsruhe morgen in unserer Stadt erwartet, dem Vernehmen nach aber schon am Tage darauf Frankfurt wieder verlassen, um sich nach Koblenz zum Antritte seines Amtes als Civil- und Militair-Gouverneur der Rheinprovinz und Westfalens zu begeben. Es soll sich jedoch bestätigen, daß er den größten Theil des nächsten Winters in Frankfurt zubringen werde. — Es wird heute in gewöhnlich gutunterrichteten Kreisen als positiv versichert, daß die Installation der interimistischen Bundes-Kommission in Frankfurt am 15. November erfolgen dürfte. Man erwartet, wie ferner mitgetheilt wird, mit aller Bestimmtheit, daß bis dahin die Incidentpunkte geregelt sein werden, welche eine frühere Constituirung dieser neuen Centralbehörde verhindert haben. Dahin gehört vornehmlich der Anspruch, welchen das preußische Kabinet erhoben, daß seine Repräsentanten in der Bundes-Kommission zugleich die ausschließliche Vermittelung der Geschäfte zwischen dieser Centralbehörde und den dem Bundesstaat beigetretenen Staaten übernehmen sollen. Wie schon das österreichische Kabinet, so hat nun auch das baierische sich auf das Entschiedenste gegen diesen Anspruch erklärt. (D. A. Z.)

Frankfurt a. M., 5. Nov. [Verschiedenes.] Der Artikel der Wiener Zeitung über die Zolleinigung Oesterreichs und Deutschlands ist ein fast wörtlicher Abdruck aus den Vorschlägen, welche bereits zu Anfang dieses Jahres der damalige Reichshandelsminister Duckwitz an die österreichische Regierung gelangen ließ. Wenn dieser Umstand noch nicht zur Sprache gebracht ist, so liegt das wahrscheinlich daran, daß von jener Duckwitzschen Denkschrift nur an die Mitglieder des damaligen Ministeriums Abschriften vertheilt, die übrigen Exemplare aber nach Oesterreich gegangen sind. — Se. königl. Hoheit der Prinz von Preußen, der gestern Abend 8 Uhr hier eintraf, sollte von dem Musikchor des 31. Infanterie-Regiments mit einer Serenade begrüßt werden, was jedoch derselbe abzulehnen geruhte. Im Verlaufe des heutigen Vormittags wurden Besuche zwischen dem Prinzen von Preußen und dem Erzherzog-Reichsverweser gewechselt. — Das heutige Mittagsblatt der Frankfurter Ober-Post-Amts-Zeitung bringt einen aus reichsministerieller Quelle geflossenen Artikel, der allseitiges Aufsehen, sowie die Indignation derjenigen Vaterlandsfreunde erregt, welche Preußens verdienstvolle Bestrebungen, Deutschlands Wohl selbst mit eigenen Opfern zu fördern, anerkennen. Die offen zu Tage liegende Tendenz jenes Artikels nämlich geht dahin, die Motive jener Bestrebungen zu verdächtigen und hinsichtlich ihrer Zwecke die öffentliche Meinung irre zu leiten. Es dürfte dies jedoch den Urhebern desselben nur bei denjenigen gelingen, deren Urtheil durch Parteisucht befangen ist, oder aber die sich Preußen, den Bewältiger der aufständischen Gelüste und den Wiederhersteller von Gesetz und Ordnung im Vaterlande, fürchten und hassen. — Der Senat der freien Stadt Frankfurt hielt vorgestern eine außerordentliche Plenarsitzung, in welcher die Zustimmung zur Einsetzung der interimistischen Centralbehörde beschlossen wurde. — Aus Darmstadt ist heute Mittag die Nachricht von einer Ministerveränderung eingegangen, wonach der Ministerpräsident Jaup sein Amt in die Hände des Großherzogs niedergelegt hat, und der Hofgerichtspräsident v. Homberg von Sr. königl. Hoheit beauftragt wurde, ein neues Kabinet zu bilden. Man betrachtet diesen Ministerwechsel als vorbedeutend für ein neues System, da Herr v. Homberg der streng konservativen Partei angehört.

Dem oben erwähnten Artikel der O.-P.-A.-Z. entnehmen wir folgende Stelle:

Das Reichsministerium erließ an den Kommandirenden der Fregatte „Gefion“, Lieutenant Poppe, einen Befehl dahin:

„Was auch geschehen möge, Sie haften für das Ihrem Befehle anvertraute Kriegsschiff. Es ist Reichseigenthum, Ihre Instruktion geht einfach dahin, entweder die Fregatte unter deutschen Farben dem Reiche zu erhalten oder dieselbe zu vernicht. Sie soll weder den Dänen, noch irgend einer anderen unbefugten Macht in die Hände fallen. — Sie haben mich deutlich zu verstehen, weder königl. preußische Streitkräfte, noch solche, welche die schleswigsche Landesverwaltung etwa beordern möchte, noch irgend andere nicht Ihrem unmittelbaren Befehle unterstellten Marine- oder Landtruppen dürfen die Reichs-Fregatte besetzen. Ehe dieses geschieht, sprengen Sie das Schiff in die Luft oder verbrennen dasselbe. — Nachdem Sie den Buchstaben und den vollen Sinn dieses Befehles stets vor Augen zu behalten haben, geht Ihnen noch abschriftlich eine so eben einlaufende Mittheilung des schleswig-holsteinischen Bevollmächtigten dahier vom heutigen Dato zu. — Sie werden aus deren Inhalt die eventuelle Gefährdung der Fregatte „Eckernförde“, hauptsächlich sobald der Wasserstand zu Eckernförde hoch ist, erkennen.“ — Angesichts dieses werden Sie demnach alle jene Vorsichtsmaßregeln ergreifen und ergänzen, die nothwendig sind, damit die vermuthliche Absicht des Feindes vereitelt werde. — Pulver und Brennmaterialien müssen in vollem Maße fertig gehalten und in der Art vertheilt sein, daß das Schiff in jedem Augenblicke an zehn oder mehreren Orten zugleich in den Brand gesteckt werden kann; daß fernerhin die Sprengung gesichert ist, wohingegen Alles, was zum Löschen dienen könnte, vernichtet wird.“ (Reform.)

Karlsruhe, 4. November. [Der Prinz von Preußen] nahm gestern Mittag bei der Parade von den hier befindlichen Offizieren, preußischen sowohl wie badischen, Abschied. Am Abend besuchte Se. königl. Hoheit das Theater, woselbst die in ihrem Ertrag zum Besten der verwundeten preußischen Krieger bestimmte Vorstellung stattfand. Es hatte sich zu derselben die gesammte großherzogliche Familie und eine überaus zahlreiche Zuhörerschaft eingefunden, und sie war insofern von besonderem Interesse, als nach beendetem Vortrag des von Dr. Koffka verfaßten, von Fräulein Ernst gesprochenen und mit Beifall aufgenommenen Prologs, währenddem das Orchester die Volkshymne exekutirte, das ganze Haus sich erhob und dem Großherzog ein stürmisches, mehrfach wiederholtes Hoch brachte. Der Großherzog dankte mit Zeichen sichtbarer Rührung und indem er die Hand des neben ihm stehenden Prinzen von Preußen ergriff, führte er ihn an die Brüstung der Loge, um ihn auf diese Weise an der Ovation Theil nehmen zu lassen. Heute begiebt sich der Prinz von hier nach Frankfurt, wird aber wohl im Laufe des Winters nochmals hierher zurückkehren. (O.-P.-A.-Z.)

München, 4. Novbr. [Verschiedenes.] Der k. k. österreichische Gesandte Graf Apponyi ist hier angekommen und hat bereits mit Herrn von der Pfordten eine Konferenz gehabt. — Man erwartet hier fast allgemein, daß von preußischer Seite demnächst etwas in Betreff der ehrenrührigen Ausfälle Lerchenfelds gegen Preußen, dessen Diplomaten er sogar Vertragsverfälschungen unterstellt hat, geschehen werde. Wir aber meinen, solchen Angriffen gegenüber, deren Unverstand doch wohl Jedermann selbst fühlt, sei Verachtung die beste Gegenwaffe. — Aus Baden erfahren wir, daß die ultramontanen Wühlereien zu Gunsten Oesterreichs dort im besten Flor sind; auch im Würtembergischen tauchen dergleichen Bestrebungen gegen Preußen bereits ohne alle Veranlassung empor. (Reform.)

Detmold, 3. Novbr. [Der Landtag] hat sich heute mit 13 Stimmen gegen 9 für den unbedingten Beitritt zu dem Bündnisse vom 26. Mai ausgesprochen.

Schleswig-Holsteinsche Angelegenheiten.

Kiel, 6. Novbr. Auf die Interpellation über das Verhältniß der fremden Offiziere in unserer Armee wurde gestern von dem interimistischen Departements-Chef des Krieges, Boysen, in geheimer Sitzung die Antwort mitgetheilt. Wir erfahren darüber Folgendes: Zunächst machte der Departements-Chef auf das Verhältniß der neuen provisorischen Centralgewalt aufmerksam, die die Rechte der früheren angetreten, mithin auch das ausschließliche Recht über die Bestimmung des Krieges für ganz Deutschland und dessen einzelne Theil besäße Der Antritt derselben müsse zunächst abgewartet werden und die Regierung habe bereits einen Bevollmächtigten dahin ernannt, um die Interessen des Landes zu vertreten. Von den weiteren Bestimmungen derselben würde es erst abhängen, der Armee eine staatsrechtlich anerkannte Stellung zu geben, die sie vor der letzten Auflösung des Verbandes der Reichstruppen als deren integrirender Theil besessen habe, seitdem aber gänzlich entbehre. Hiervon kann es aber auch erst abhängen, welche definitive Stellung die fremden Offiziere in unserer Armee einnehmen würden, da dieselbe nothgedrungen bis jetzt noch immer eine provisorische sein müßte. So wie dieser Punkt geeigneten Orts seine Erledigung gefunden haben wird, wird die Regierung sofort Mittheilung darüber machen. Von den Offizieren könne man aber die Entscheidung nicht einseitig abhängig machen, weil sonst dieselben die Armee verlassen würden, ohne daß die Regierung sich im Stande befinde, dieselben von einer so erkannt tüchtigen Qualität zu ersetzen. Die Rechte soll mit diesen Mittheilungen sich einverstanden erklärt haben, worauf weitere Erörterungen unterblieben. (Ref.)

Altona, 5. Novbr. Die N. Fr. Pr. bringt in ihrer heutigen Nummer eine Correspondenz aus Flensburg, wonach dort Friedensgerüchte immer mehr auftauchen. Auf Alsen soll gegenwärtig wenig Militär sein. Die Batterien wären dort desarmirt und die Kanonen nach Kopenhagen gebracht. Unter den schwedischen Offizieren sollte das Gerücht gehen, daß sie zwischen dem 17.—19. d. wieder in ihre Heimat ziehen würden. Der Postwagen kommt dort seit längerer Zeit nicht mehr an. Dieser geht nur bis Schleswig, und von dort werden Reisende und Briefe in sogenannten Wienerwagen nach Flensburg befördert. Im Widerspruch mit jener Angabe bringen die H. N. heute einen Artikel aus Flensburg, demzufolge am 3. d. die vom Süden kommende Deligence großes Aufsehen erregt habe, da an derselben sämmtliche dänische Wappen ausgeschnitten gewesen seien. Der Wagen sei von Schleswig aus eine Strecke Weges von einer Militär-Eskorte begleitet worden, nachdem diese ihn aber verlassen, wäre der Angriff gegen das Anstoß erregende Wappen in einem Gehölze erfolgt. In Flensburg selbst hat man aber wieder dänische Deligencen, die aber nur nach dem Norden, nicht südlich jener Stadt gehen. Mit einem Dampfschiffe von Kopenhagen sind am 2. d. noch 21 schleswig-holsteinische Reconvalescenten in Flensburg angekommen. Es heißt, daß vor einigen Tagen in der Gegend des Schäferhauses bei Flensburg ein schleswig-holsteinischer Offizir, der dort Vermessungen vorgenommen habe, von den schwedischen Soldaten arretirt und in Flensburg eingebracht worden sei. So behandelt man unsere Offiziere wie gemeine Verbrecher, während dänisches Militär hordenweise frei und ungehindert sich in jenem Theile Schleswigs herumtreibt. — Generalmajor von Hahn ist von Schleswig wieder nach Flensburg abgereist. Wir theilten bereits in einem frühern Bericht mit, daß das deutsche Kriegsdampfschiff Lübeck mit einer Anzahl Matrosen auf der Rhede zu Glückstadt eingetroffen sei. Diese Mannschaft (40 Mann) ist nun vorgestern in Rendsburg mit der Eisenbahn eingetroffen und hat sich von da nach Eckernförde begeben. Sicherm Vernehmen nach sind jene Seeleute nach Eckernförde beordert, nicht um die Gefion nach der Weser zu transportiren, sondern um die Besatzung derselben zu verstärken. (H. C.)

Oesterreich.

*** Wien, 7. November.** [Der hohe Besuch.] Vorgestern Abends war zu Ehren der Königinnen von Preußen und Sachsen großes Concert. Ihre Majestät die Königin von Preußen, welche zum erstenmal in Wien ist, soll durch die herrliche Lage der Kaiserstadt überrascht gewesen sein. Sie bestieg den Gebirgs-Hügel Gloriette nächst Schönbrunn mit ihren durchlauchtigsten Schwestern. Der Moment ihrer Ankunft wird von der Bevölkerung als ein bedeutungsvoller erfaßt. Unsere Oppositions-Journale dagegen haben natürlich die Anwesenheit dieser Königin kaum erwähnt.

⊠ Wien, 7. Novbr. [Die Organisations-Maßregeln.] Das Lob der Rührigkeit und des angestrengtesten Fleißes muß unserer Regierung unbestritten bleiben, die Organisations-Gesetze für alle Theile der Monarchie jagen sich förmlich. Es ist dies ein neuer Beweis, daß der Plan für die Neugestaltung Oesterreichs schon lange vorher bedacht und vorberathen war, ehe man nur eine Ahnung davon hatte, und daß, als am 4. März d. J. die neue Verfassung wie vom Himmel herabschneite und Oesterreich so wie Deutschland gleich März-Schnee empfindlich überraschte, alle Grundzüge schon entworfen waren, nach welchen die sämmtlichen staatlichen Verhältnisse geordnet werden sollten. Was wird dem österreichischen Reichstage zu thun übrig bleiben, sollte er jemals zusammentreten? Nichts anderes, als was bisher die Provinzial-Landtage thaten, er wird seine Unterschrift unter das Fertige setzen und auseinander gehen. Welches wird aber das Schicksal dieses neuen Organisations-Systems sein, welches wie eine künstlich angefertigte Rinde um einen mächtigen Baum gelegt wird und ihn zwingen soll, in der gewünschten und beliebten Form zu wachsen? Lebendige Triebe werden diese Rinde als Etwas nicht aus eigenem Safte hervorgangenes Fremdes und Widernatürliches durchbrechen, sie wird bersten, sich abschälen und stückweise abfallen. Die einheitliche Monarchie ist am 4. März verkündet worden, schade nur, daß auch das Machtwort eines Kaisers nicht die Zauberkraft hat, die nationalen Eigenthümlichkeiten mit einem Ruck zu verschmelzen und in einander zu einem harmonischen Ganzen sich auflösen zu lassen. Vermag's aber dies Wort nicht, so werden es die dahin zielenden Maßregeln noch weniger vermögen. Man sieht dies am klarsten in Ungarn. Die auf dem Rabenstein bleichenden Gebeine, die Schreckgestalten, die am Strick vom Galgen herunterbaumeln, die Schüsse, die an den kleinen Sandhügeln knallen, die Jammergestalten, die sonst in Pomp und Galla dahinfuhren, nun in schweren Ketten die Straßen kehren, die Seufzer und Flüche, die in öden, feuchten Kerkern ungehört verhallen — sollen die Herolde sein, welche der neuen Organisation den Weg bereiten, die Herzen öffnen und für sie gewinnen sollen. Wäre der Magyar jedes nationalen Gefühles

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit einer Beilage.

Beilage zu № 262 der Breslauer Zeitung.

Freitag den 9. November 1849.

(Fortsetzung.)

baar und ledig, so müßte das neue Kleid, welches man ihm anziehen will und das ihn zum Bruder dessen machen soll, dem er vor Kurzem mit dem Gewehr gegenüber stand und der seinem verehrten Führer soeben erst den Strick um den Hals geschlungen hat, — ihm doch stets ein verhaßtes sein. Die Verfassung, die unter Grausen und Leichen in ein Land einzieht, ist der Bevölkerung ein Abscheu, auch wenn sie jeder Nationalität entbehrte. Und nun soll der Magyar, der seine Lebensart, seine Sprache, seine Institutionen mit stolzer Ueberschätzung liebte, auf einmal deutsch werden? k. k. Kommissäre wandern in Pesth die Straßen auf und ab und schauen nach den Läden und nach den daneben oder darüber prangenden Tafeln und verordnen bei schwerer Strafe, daß die Besitzer ihre Ankündigungen darauf nicht blos in ungarischer, sondern auch in deutscher Sprache setzen lassen. Der Ungar, der eben erst mit innerer Herzensfreude einem Husaren weit nachgesehen hat, weil auf dessen Kolpak das geliebte Roth-Weiß Grün, die ungarische Farbe, prangt, soll bei jedem Eintritt in einen Laden, bei jedem Gange auf den Straßen an den Deutschen erinnert werden, der seine Nationalität verwischen will, der seine Helden hängt, ungarische Ländereien konfiszirt, durch Vernichtung der Kossuthnoten ihn an den Bettelstab bringt und nun neben die süßen Laute seiner Heimath jene fremden, harten Worte stellt, die er neuerdings nur als Boten und Träger eines Unheils kennen gelernt hat. — Es ist bequem, das Schicksal der Völker auf dem grünen Tische zuzuschneiden, wenn man aber damit in die Wirklichkeit hinaustritt, so wird man, gewöhnlich zu spät, mit Schrecken gewahr, daß es Schnitte in's eigne Fleisch waren.

N. B. **Wien**, 7. Novbr. [Tagesbericht.] Se. Majestät der Kaiser haben gestern Mittag das allgemeine Krankenhaus besucht und alle seine Abtheilungen in Augenschein genommen. Später verfügte sich Se. Majestät in die Josefstädter Kavalerie-Kaserne. — Abends war in Schönbrunn Hofkonzert, in welchem die Damen Hasselt und Wildauer und die Herren Staudigl und Ander mehrere beliebte Opernpiecen vortrugen. Besonderen Beifall hatten die Lieder in österreichischer Mundart, welche Fräulein Wildauer vortrug. — Für das lombardisch-venetianische Königreich wurde eine Rekrutirung von 15,000 Mann angeordnet, welche die Altersklassen von 1824 bis incl. 1828 betrifft. Dabei werden die Freiwilligen und die seiner Zeit mit Zwang Eingereihten den Gemeinden in Abrechnung gebracht. — Nach übereinstimmenden Nachrichten werden über 200,000 Russen während des Winters im Königreich Polen auf dem Kriegsfuß bleiben. Diese Nachrichten stellen die Glaubwürdigkeit jener in den Schatten, wonach hier die 4. Bataillons Landwehr aufgelöst und von jedem Bataillon 600 Mann entlassen werden sollen. — Heute wurden die Voreinleitungen zur Erzielung eines allgemeinen Privat-, See- und Handelsrechts für alle österreichischen Kron- und deutsche Bundesländer kund gemacht. Die von der provisorischen Centralgewalt für Deutschland am 28. November 1848 publizirte allgemeine Wechselordnung wird für alle österreichischen Kronländer eingeführt. Eben so soll hinsichtlich des See- und Handelsrechts die wünschenswerthe Einigung mit den übrigen deutschen Staaten erzielt werden. In Bezug auf das Seerecht wird ein Kongreß der maritimen deutschen Staaten beantragt, und anlangend eine Einigung in der Handelsgesetzgebung soll der schon im verflossenen Jahre, aus Anlaß des früheren deutschen Reichsministeriums, begonnene Entwurf eines allgemeinen Handelsgesetz-Buches für Deutschland als schätzbares Material benutzt werden. An die weitere Darstellung der diesfälligen Sachlage werden die erfreulichsten Aussichten geknüpft. — Die Anwesenheit mehrerer Landes-Chefs in Wien wird mit einer bevorstehenden Einberufung der Provinzial-Landtage in Verbindung gebracht. — Ein halb offizieller Artikel der Wiener Zeitung bespricht die humane Behandlung, welche die zu schwerem Kerker- und Festungsarrest verurtheilten politischen Gefangenen erfahren und widerlegt damit die dagegen gerichteten Beschuldigungen.

X. **Triest**, 5. Nov. [Cholera. — Festungen. — Marine.] Die Central-Gesundheits-Kommission zeigt eben an, daß sie mit der heutigen Angabe, wonach gestern nur 1 Krankheits- und 1 Todesfall vorgekommen, ihre täglichen Berichte schließt. Im Ganzen sind also 4927 Personen an der Cholera erkrankt, 2063 gestorben. — Oesterreich sucht jetzt aus den Lehren, die es in dem ungarischen und italienischen Kriege bekommen, Nutzen zu ziehen. So wird für bestimmt versichert, daß Verona ganz nach Art der berühmten ungarischen Festung Komorn umgestaltet werden, und ein verschanztes Lager für 60,000 Mann bilden solle. — Auch ist es ernstliche Absicht der Regierung, die Flotte zu germanisiren, namentlich deutsches Kommando auf derselben einzuführen. Daß dies ein sehr schwieriges Werk sein wird, verhehlt sich Niemand, da die Matrosen, deren Händen doch am Ende die Leitung der Schiffe anvertraut ist, fast ausschließlich Italiener sind.

Frankreich.

Paris, 5. November, Abends. *) (Durch außerordentliche Gelegenheit.) Das Gesetz über die Auflösung der Lyoner Nationalgarde wurde in der National-Versammlung diskutirt. Das neue Ministerium hat mit großer Energie gegen die Opposition, welche die Verwerfung des Gesetzes anstrebte, die Auflösung vertheidigt. (Köln. Z.)

*) Die Pariser Journale vom 5ten sind hier nicht angekommen. Eine Notiz des Staats-Anzeigers giebt über das Ausbleiben der Pariser Post folgende Aufklärung: „Berlin, 7. Nov. Nach einer heute Vormittag 10 Uhr von Deutz abgegangenen telegraphischen Depesche hat der letzte Bahnzug aus Aachen gestern Abend den Anschluß an den Deutz-Berliner Zug verfehlt. Die französische Post ist daher mit dem heutigen Morgenzug von Deutz abgegangen und wird erst morgen Nachmittag hier eintreffen."

Lokales und Provinzielles.

** **Breslau**, 7. November. [Ankunft Ihrer Majestäten des Königs und der Königin.] Heute wurde unsere Stadt auf eine erfreuliche Weise überrascht. Wenige Minuten nach 4 Uhr langte Se. Majestät der König mit einem Extrazuge der niederschlesisch-märkischen Eisenbahn hierselbst an und fuhr über die äußere Promenade nach dem königl. Schlosse. Unter dem Hurrahrufen der zufällig Anwesenden, welche die Vorkehrungen zum Empfange Ihrer Majestät der Königin in Augenschein nahmen, stieg der König auf der Rampe des Schlosses aus. Bald darauf empfing Se. Majestät die Spitzen der Civil- und Militär-Behörden. Um 9½ Uhr begab sich Allerhöchstderselbe nach dem Bahnhofe der oberschlesischen Eisenbahn. Ein überaus zahlreiches Publikum harrte daselbst der Ankunft Ihrer Majestät der Königin. Kurz vor 10 Uhr traf die Königin in Gesellschaft Allerhöchstihren Schwestern der Königin und der Prinzessin Amalie von Sachsen auf dem Bahnhofe ein. Der Bahnhof und dessen ganze Umgebung war aufs Prachtvollste erleuchtet. Im Hintergrunde erblickte man das Direktionsgebäude mit dem preußischen Adler in transparenter Beleuchtung. Links strahlte der Name „Elisabet" in einer von Gasflammen gebildeten Sonne. — Im Empfangszimmer waren die Abgeordneten der städtischen Behörden versammelt. Se. Majestät der König führte die Königin von Sachsen durch ein Spalier von Damen, welche in den preußischen und baierischen Landesfarben gekleidet waren. Es folgte Ihre Majestät die Königin von Preußen, geleitet durch den kommandirenden General von Lindheim. Die Damen Reimann und Schade, geführt vom Herrn Brichant, überreichten der Königin auf einem weißseidenen Kissen ein Rosenbouquett, welches Dieselbe huldreichst entgegennahm. Vor dem Eingange des Bahnhofes leuchtete den hohen Gästen ein in buntem Brillant-Feuer glänzendes „Willkommen" entgegen. Sämmtliche Straßen vom Bahnhofe nach dem Schlosse waren durch bengalische Flammen prächtig erleuchtet. Namentlich machte der in seinem ganzen Umfange illuminirte Tauenzienplatz einen höchst imposanten Eindruck. Das „Tauenzien-Denkmal" war von Fackeln umgeben. Ueberall erschallten die Hochs des zahlreich versammelten Volkes. — Als die hohen Herrschaften auf dem Schloßplatze anlangten, stimmten die Sänger des Schullehrer-Seminars unter Begleitung von Militärmusik die Nationalhymne und das Preußenlied an. Zwei Kandelaber spendeten durch eine große Zahl von Gasflammen weithin ein strahlendes Licht; ein kolossales Transparent zeigte die Worte: „Heil dem Königspaare." — Nach den Hochs auf Ihre Majestäten den König und die Königin, in welche das Publikum donnernd einfiel, zeigte sich der König auf der Rampe des Schlosses und wurde mit stürmischem Jubel begrüßt. — Erst spät zerstreute sich die versammelte Menge.

* **Breslau**, 8. Novbr. [Stadtverordneten-Sitzung.] Auf den Antrag des Magistrats und der Stadtverordneten, daß im Falle die Posen-Breslauer Bahn zu Stande kommt, der Bahnhof in der Oder-Vorstadt erbaut werden möge, ist in der heutigen Sitzung der Bescheid des Handelsministers von der Heydt vorgelesen worden. In diesem Bescheide heißt es wörtlich: „daß die Lage des Bahnhofes der gedachten Bahn bei Breslau zur Zeit noch gar nicht bestimmt werden könne, daß aber der mit Leitung der Vorarbeiten beschäftigte Ober-Baurath Hartwich angewiesen sei, über die Anlegung des Bahnhofes zu seiner Zeit mit den städtischen Behörden in Vernehmung zu treten und näher zu erörtern, in wie weit sich die Interessen der Stadt mit den beim Eisenbahnbau obwaltenden Rücksichten in Einklang bringen lassen." Zugleich wurde eine diese Bahn betreffende Denkschrift des Magistrats und der Stadtverordneten von Posen, welcher der hiesige Magistrat beigetreten ist, der Versammlung vorgelegt. In dieser Denkschrift, welche den Lesern der Breslauer Zeitung bereits auf anderem Wege bekannt geworden ist, wird an die Kammern das Gesuch gerichtet, daß die Posen-Breslauer Bahn mit in den Kreis der zunächst zu bauenden Staatsbahnen gezogen und von den Kammern die Mehrsumme bewillig werden möge. Die Stadtverordneten beschlossen durch eine gemischte Kommission ebenfalls eine Denkschrift abfassen zu lassen.

□ **Breslau**, 8. Novbr. [Aus der heutigen Sitzung des Appellationsgerichts] heben wir einen Fall hervor, welcher in juristischer Beziehung von großem Interesse ist, da er zur Anregung einer Frage führte, die das Gesetz selbst unbeantwortet läßt, und welche daher, da die Beantwortung derselben einen durchgreifenden Einfluß auf den Umfang der Befugnisse des Appellationsrichters üben muß, ihre definitive Lösung erst in der dritten Instanz finden wird.

Gegen den Fleischermeister Sagawe zu Oels war von der dortigen Staatsanwaltschaft Anklage wegen thätlicher Widersetzlichkeit gegen Abgeordnete der Obrigkeit erhoben und in Folge derselben war gegen Sagawe durch Beschluß desselben Gerichts wegen dieses Vergehens die Kriminal-Untersuchung eröffnet worden. Folgende Thatsachen lagen der Anklage zu Grunde.

In einem Wirthshause in Oels war unter den dort anwesenden Personen Streit entstanden, welcher sich bis auf die Straße fortgepflanzt hatte. Eine herbeikommende Militair-Patrouille wollte einen der Unruhstifter verhaften. Der Angeklagte, Fleischer Sagawe, sollte sich der Verhaftung dieses Menschen mit den Worten: „Hier wird kein Civilist verhaftet" dadurch widersetzt haben, daß er den die Patrouille kommandirenden Unteroffizier mehrmals fortstieß. Diese Thatsache war durch die 5 Soldaten bekundet worden, aus denen die Patrouille bestanden hatte und von denen auch die Denunciation ausgegangen war. Der Angeklagte hatte aber dieselbe in Abrede gestellt und behauptet, er sei nur hinzugetreten, um Frieden zu stiften. Mehrere Entlastungszeugen, auf die sich Angeklagter berufen, hatten von der Widersetzlichkeit gegen den Unteroffizier nichts bemerkt, obgleich sie bei dem Vorfall zugegen gewesen waren.

Der Richter erster Instanz hatte auf Grund der gepflogenen Verhandlung den Angeklagten wegen unerlaubter Selbsthilfe, jedoch ohne Gewalt, an Personen oder Sachen, zu sechswöchentlicher Freiheitsstrafe verurtheilt. Ueber die Anklage auf Widersetzlichkeit hatte sich derselbe in dem Tenor des Erkenntnisses gar nicht ausgesprochen, jedoch in den Entscheidungsgründen deducirt, daß Widersetzlichkeit aus dem Grunde nicht angenommen werden könne, weil ja der Angeklagte nicht selbst habe verhaftet werden sollen, er sich also auch seiner Verhaftung nicht habe widersetzen können. Dagegen charakterisire sich die ihm zur Last fallende Handlung als unerlaubte Selbsthilfe, weil er einem Andern sein Recht habe verschaffen wollen. Als thatsächlich feststehend hatte der erste Richter dabei nur angenommen, daß der Angeklagte sich der Verhaftung des gedachten Menschen nur dadurch widersetzt habe, daß er zwischen diesen und den Soldaten, welcher ihn verhaften wollte, getreten sei. Dagegen hatte er den Umstand, daß Angeklagter sich an der Person des Soldaten vergriffen, nicht für erwiesen angenommen. — Gegen diese Verurtheilung wegen unerlaubter Selbsthilfe hatte der Angeklagte appellirt, ohne neue Thatsachen anzuführen. Die Staatsanwaltschaft hatte weder appellirt, noch nova angeführt.

In der heutigen Sitzung des Appellationsgerichtes kam diese Appellation zur Verhandlung. Der Angeklagte wurde durch Ref. Koch vertreten, welcher zunächst die Appellation rechtfertigte. Derselbe bestrit zunächst die Befugniß des ersten Richters, übe

ein anderes Verbrechen zu erkennen, als dasjenige, worauf die Anklage gerichtet und wegen dessen gegen den Angeklagten die Untersuchung gerichtet sei. Das Gesetz vom 3ten Januar dieses Jahres enthalte, zwar keine ausdrückliche Vorschrift darüber, wie es gehalten werden solle, wenn der Richter in den konstatirten Thatsachen ein anderes Verbrechen erkenne, als das, wegen dessen die Anklage erhoben sei. Allein es liege schon im Geiste des Anklage-Prozesses, daß der Richter nur über die Anklage zu entscheiden und den Angeklagten also des darin behaupteten Verbrechens entweder für schuldig zu erklären oder einfach freizusprechen, die Anstellung einer neuen Anklage auf Grund derselben Thatsachen wegen eines andern Verbrechens der Staatsanwaltschaft zu überlassen habe, da dieser allein und nicht dem Gerichtshofe, die **Verfolgung** der Verbrechen zustehe. Da nun aber über die Anklage auf Widersetzlichkeit insofern rechtskräftig entschieden sei, als der erste Richter in Folge der Anklage über die darin aufgestellten Thatsachen erkannt und zwar nicht auf Widersetzlichkeit, sondern auf ein anderes Verbrechen erkannt, die Anklage wegen Widersetzlichkeit also in dem Erkenntnißtenor wenigstens stillschweigend, in den Entscheidungsgründen aber ausdrücklich verworfen, der Staatsanwalt aber gegen diese Entscheidung nicht rechtzeitig appellirt habe, so sei der Angeklagte von der Anklage auf Widersetzlichkeit als rechtskräftig freigesprochen zu erachten und in der Appellationsinstanz lediglich über die Appellation des Angeklagten gegen seine Verurtheilung wegen Selbsthülfe zu entscheiden. Nachdem der Vertheidiger beiläufig deducirt hatte, daß die Freisprechung von der Anklage der Widersetzlichkeit in der That begründet sei, da die einzige vom ersten Richter als feststehend angenommene Thatsache, daß der Angeklagte zwischen den verhaftenden Soldaten und den zu Verhaftenden getreten sei, noch nicht den Thatbestand dieses Verbrechens begründe, suchte er den Antrag auf Freisprechung von dem Verbrechen der Selbsthülfe einmal durch die schon nachgewiesene Inkompetenz des ersten Richters, auf dieses Verbrechen zu erkennen, sodann durch den Nachweis zu rechtfertigen, daß die gesetzlichen Merkmale der Selbsthülfe nicht vorhanden seien, da einerseits Selbsthülfe nur bei civilrechtlichen Ansprüchen denkbar sei, andererseits aber das nothwendige Requisit fehle, daß Jemand **sich selbst** nicht aber einem Andern zu seinem Rechte zu verhelfen müsse gesucht haben. Der Ober-Staatsanwalt **Fuchs** trat der Ausführung des Vertheidigers sowohl in Bezug auf die Inkompetenz des ersten Richters, auf Selbsthilfe zu erkennen, als auch darin bei, daß der Thatbestand der unerlaubten Selbsthilfe hier nicht vorliege. Dagegen verlangte er, daß das ganze Erkenntniß für nichtig erklärt und die Sache dem ersten Richter zur nochmaligen Entscheidung zurückgegeben werde, weil die Anklage wegen Widersetzlichkeit noch nicht erledigt sei. Hierauf entspann sich eine lebhafte wechselseitige Erörterung zwischen dem Ober-Staatsanwalt und dem Vertheidiger, welche in ihren Hauptpunkten darauf hinauslief, daß die Ober-Staatsanwaltschaft es im Interesse des Staatswohls für unzulässig hielt, daß das hier offenbar vorliegende Verbrechen der Widersetzlichkeit unbestraft bleibe und den zweiten Richter daher für befugt hielt, von Amtswegen und als Aufsichtsbehörde das erste Erkenntniß wegen eines offenbaren Mangels aufzuheben, die Vertheidigung aber dieses Verlangen für ganz ungerechtfertigt erklärte, weil es sich auf keine gesetzliche Vorschrift gründe, keinem der Staatsanwaltschaft zustehenden Rechtsmittel zu subsumiren sei, da dieselbe das erste Erkenntniß nicht rechtzeitig angefochten habe, derselben also gegen dasselbe überhaupt gar kein Rechtsmittel mehr zustehe. Es sei in Folge der Anklage erkannt worden, die Staatsanwaltschaft habe sich bei diesem, wodurch ihr Antrag wenigstens thatsächlich abgewiesen worden, beruhigt und somit sei ihrerseits die Sache erledigt und lediglich nur noch über die Appellation des Angeklagten zu entscheiden. Ob dieser die angeblich noch über ihn schwebende Anklage der Widersetzlichkeit über sich schweben lassen wolle, sei lediglich seine Sache, da die Staatsanwaltschaft durch Versäumung der gesetzlichen Frist sich ihr Recht vergeben habe.

Der Gerichtshof hob das erste Erkenntniß als nichtig auf und wies die Sache an den ersten Richter zur nochmaligen Entscheidung zurück. Wahrscheinlich wird der Angeklagte gegen dieses Erkenntniß die Nichtigkeitsbeschwerde einwenden und so die nicht unwichtige Frage, ob in der Appellationsinstanz ein Erkenntniß **von Amtswegen** als nichtig erklärt und die Sache zur ersten Instanz zurückgewiesen werden kann, nunmehr von dem höchsten Gerichtshofe entschieden werden.

Breslau, 7. Nov. [**Bibelfest. Neuwahl.**] Am XX. Sonntage p. tr. feierte in der Pfarrkirche zu St. Elisabet die schlesische Provinzial-Bibelgesellschaft das Fest ihres 34jährigen Bestehens. Die Predigt, welche auf Grund des Sonntagsevangeliums Matth. 22, 1—14 von den offenbaren und verborgenen Verächtern des göttlichen Worts und den Strafgerichten über dieselben handelte, hielt Subsen. **Krüger**, worauf noch eine Altarrede nebst Berichterstattung und Vertheilung von 32 Bibeln an ärmere Gemeindeglieder durch den Prediger **Kutta** erfolgte. Die am Schluß der Feier veranstaltete Sammlung betrug über 39 Rthlr. In dem zuletzt verflossenen Rechnungsjahr hat die schlesische Bibelgesellschaft ausgegeben: a) **ganze Bibeln** 911 und zwar 832 deutsche, 65 polnische, 10 böhmische, 2 hebräische und 2 englische; b) **neue Testamente** 282 und zwar 219 nach der Uebersetzung Luthers, 20 nach der Uebersetzung Leanders van Eß, 41 polnische und 2 französische. Seit der im Jahre 1815 erfolgten Gründung der Gesellschaft sind von derselben verabreicht worden: 38,438 ganze Bibeln und 23,365 neue Testamente.

Der Senior **Krause** zu St. Bernhardin ist zum Propst an derselben Kirche vom Magistrat erwählt worden. (Kirchen- u. Schulbl.)

Bunzlau, 7. Novbr. [**Der Bürgermeister.**] In geheimer Sitzung ist den Stadtverordneten ein Schreiben des Magistrats mitgetheilt worden, worin der Magistrat im Auftrage der k. Regierung den Stadtverordneten eröffnet, daß, da die Wahlzeit des Bürgermeister **Schade** mit dem 15. d. Mts. zu Ende gehe, eine **Bestätigung** bei einer etwaigen Wiederwahl des Herrn Schade **nicht** erfolgen werde, die gegen denselben eingeleitete Disziplinaruntersuchung möge ein günstiges oder nicht günstiges Resultat geben, die Stadtverordneten zu einer neuen Wahl schreiten möchten. Die Stadtverordneten haben sich die Beschlußfassung über diesen Gegenstand vorbehalten. (Wochenbl.)

— IV. **Groß-Glogau**, 7. Novbr. [**Petiton. — Kommunales. — Verein.**] Bekanntlich haben die KommunalBehörden **Posens** in einer Denkschrift an die Kammern, betreffend die **Bahn von Breslau nach Posen**, auch unsers Ortes gedacht und zwar: eine Zweigbahn von hier nach **Lissa** könne vorläufig aufgeschoben werden, da diese Bahn weniger wichtig und kostspielig sei. Da nun diese Eisenbahnfrage nicht nur für unsere Zweigbahn, sondern wohl auch selbst für Glogau — der Warte Schlesiens gen Osten — eine Lebensfrage ist, so haben Magistrat und Stadtverordnete am Schlusse voriger Woche in einer vereinigten Sitzung eine Petition an die hohen Kammern beschlossen, in welcher der Posener Denkschrift gegenüber die entgegengesetzte Meinung ausgesprochen ist. Sollte man bei Ausführung einer Zweigbahn von hier nach Lissa von der Ueberbrückung der Oder hierorts — wie es heißt — abstehen wollen, so dürfte, bei den geringen Terrain-Schwierigkeiten im Verhältnisse zu andern Bahnen, bei dieser Bahnlinie von großer Kostspieligkeit nicht die Rede sein. — An die Stelle des freiwillig aus der Stadtverordneten-Versammlung ausgetretenen Stadtverordneten-Vorstehers, Rechtsanwalt **Heitemeyer**, ist Kaufmann **Hofferichter** gewählt, bisher Stellvertreter des Vorstehers. Hofferichter war, wie bekannt, auch Deputirter der **ersten** preußischen Nationalversammlung. — Hier hat sich vor Kurzem ein **Frauen-Gesangverein** gebildet, welcher vereint mit der Liedertafel seine wöchentlichen Uebungsstunden nächstens beginnen wird. An der Spitze desselben, als erste Vorsteherin, steht die Frau Generalin **von Felden**. Wie ich höre, soll an die Einübung von Haydn's „Jahreszeiten" und später vielleicht an Radziwill's „Faust" gegangen werden. Als Dirigent dieses Vereins nennt man den Dom-Organisten J. **Schnabel**, welcher sich seit einer langen Reihe von Jahren um die Pflege für klassische Musik unverkennbare Verdienste hierorts erworben hat. Dirigent der Liedertafel ist seit dem 5jährigen Bestehen derselben, der bei der hiesigen evangelischen Friedenskirche angestellte Kantor C. **Knobloch**. — Wie verlautet, beginnt den 13ten d. Mts. die zweite Sitzungsperiode des hiesigen **Schwurgerichts**.

Patschkau, 3. November. [**Der Vorabend des „Aller-Seelen-Festes"**] gab der hiesigen katholischen Bevölkerung Veranlassung, das Andenken der im Herrn Entschlafenen, der theuren Voreltern, Eltern, Geschwister, Kinder und Verwandten oder Freunde durch einen besonderen Akt christlicher Pietät zu ehren. — Am Abend des 1. November waren mit einem Zauberschlag beinahe alle Grabhügel des hiesigen Friedhofes mit Lampen beleuchtet, Blumenkränze und Laubgewinde schmückten die Gräber und Epitaphien und an der Außenseite des Friedhofthores waren in einem angebrachten Bogen in magischer Beleuchtung die Worte zu lesen: „Ich bin die Auferstehung und das Leben," und an der Innenseite: „Selig sind, die im Herrn ruhen, denn ihre Werke folgen ihnen nach!" — Hier sah man Kinder am Grabe des Vaters, Bruders, der Mutter oder Schwester weinend und beschäftigt, die Lampen zu unterhalten; da eine trostlose Gattin am Grabe ihres zärtlich geliebten Ehemannes; dort einen Gatten in Thränen aufgelöst am Grabeshügel der theuren Gattin, die vielleicht so bittere Tage des Lebens mit ihm getheilt; — überall Trauer und Wehmuth, Andacht und Rührung — es war eine Huldigungs-Feierlichkeit „unsern lieben Dahingeschiedenen und nun Schlummernden" gewidmet, ein Akt großer Trauer, nachdem der Todesengel mit seinen schwarzen Fittigen in der Schreckensgestalt der Cholera so lange über Patschkau drohend geschwebt, so viele Opfer in wenigen Wochen gefordert und beinahe in allen Familien Kummer und Gram verbreitet hat. — Eine solche Festlichkeit wie die vorgestrige ist noch nie dagewesen. (Bürgerfr.)

□ **Natibor**, 7. November. [**Gestern war die letzte Sitzung der zweiten Sitzungs-Periode der Geschworenen.**] Zwei fast gleiche Anklagen wegen Erregung von Mißvergnügen lagen vor. Zunächst wurde eine Anklage gegen den hiesigen Buchdruckereibesitzer Emanuel **Deutsch** erhoben wegen eines Aufsatzes, der sich in Nr. 78 der „oberschlesisch n Lokomotive" befindet und „D Natibor, den 2. Juli 1849" überschr'eben, Verhältnisse des hi sigen Lazareths bespricht. Der Angeklagte erklärte sich zwar für den Schreiber des bezeichneten Artikels, aber doch für unschuldig, weil er weder eine böse Absicht damit verbunden hatte, noch Mißvergnüg n gegen die Regierung dadurch erregt worden sei. Soldaten, die im Lazareth längere Zeit gelegen haben, wurden vernommen und dann trug der Staatsanwalt **Porsch** auf das „Schuldig" gegen den Angeklagten an. Dagegen sprach der Vertheidiger, Rechtsanwalt **Schön**. Die Geschworenen, versehen mit einem Exemplar des inkriminirten Artikels, beriethen sodann die erhaltenen Fragen. Die erste **Frage**: ob der Angeklagte der Schreiber des Artikels sei? b jahten sie einstimmig; die Fragen dagegen: ob dieser Artikel frech n und unehrerbietigen Tadel oder Verspottung der Landesgesetze und Anordnungen im Staate enthalte und dadurch Mißvergnügen und Unzufriedenheit der Bürger gegen die Regierung veranlaßt sei, uud ob in diesem Akt erdichtete und entstellte Thatsachen öffentlich behauptet worden seien, welche in Voraussetzung ihrer Wahrheit die Einrichtungen des Staats oder die Anordnungen der Obrigkeit dem Hasse oder der Verachtung aussetzen? wurden mit 7 gegen 5 bejaht. Der Staatsanwalt trug nunmehr auf eine Strafe von 100 Thlr. oder verhältnißmäßige Freiheitstrafe gegen den Angeklagten an und stützte sich dabei noch auf ein Erkenntniß des Ober-Tribunals, das in einem ähnlichen Falle eben so entschieden hat. Der Vertheidiger, R.-A. Schön, forderte die Freisprechung und zwar, weil die betreffenden Bestimmungen des Landrechts aufgehoben seien, das Gesetz vom 30. Juni aber, am Tage des Erscheines des inkriminirten Artikels, den 3 Juli noch nicht Gesetzeskraft gehabt habe. Der Gerichtshof verkündete nach längerem Berathen die **Freisprechung**. — Sodann wurde die Anklage gegen genannten Em l **Deutsch** und seinen früheren Comp gnon **Herzog** — j tzt in Waldenburg — erhoben wegen eines Artikels durch mehrere Nummern in der „oberschlesischen Lokomotive" abgedruckt und „die schlesische Milliarde" überschrieben. **Deutsch** erklärte sich unschuldig und führte an, daß er damals, als der Artikel erschien, nur nominell Redakteur war, eigentlich aber hat der Student Pappenheim redigirt, der auch die Correktur besorgte. Nur dieser sei daher verantwortlich. Zudem führte der Angeklagte noch an, daß der Artikel aus der neuen Rheinischen Zeitung abgedruckt sei. Angeklagter **Herzog** erklärt sich gleichfalls für unschuldig, und gab an, daß er nur als Drucker thätig war und um die Redaktion sich niemals gekümmert habe. Der Zeuge **Blumenreich**, Buchdrucker, bestätigte die Aussagen beider. Die Vertheidigung führten die Rechtsanwälte **Schön** und **Sabbath** und obgleich die Geschworenen die ihnen vom Vorsitzenden vorgelegte Fragen mit „Ja" beantwortet und somit das „Schuldig" ausgesprochen hatten, erfolgte doch von Seiten des Gerichtshofes die **Freisprechung**, weil ein früheres Gesetz darüber aufgehoben war, und das an dessen Stelle getretene noch nicht Kraft erhalten hatte.

Rosenberg, 5. November. [**Flucht. Berichtigung. Straßen.**] Vergangene Nacht ist es wiederum 4 im hiesigen Kriminalgefängniß gehaltenen Verbrechern gelungen, mittelst Ausbruchs aus ihrem Gefängniß zu entfliehen. Unter ihnen befindet sich ein berüchtigter Spitzbube Namens Gnot aus Lassowitz, der schon einmal in diesem Jahre hier aus dem Gefängniß entflohen ist, und dessen Habhaftwerdung vorzüglich wünschenswerth bleibt. — Mit Bezug auf den neulich mitgetheilten traurigen Fall der Erschießung des Erzgräbers Malcher März aus Hellewald müssen wir noch die nachträglich uns zugegangene Mittheilung anführen, daß derjenige, welcher ihn im Walde betroffen und niedergeschossen, zu jener Zeit **nicht mehr** als Soldat, sondern schon als **Revierjäger** fungirte, und daß der Getödtete außer seiner Frau und vier Kindern auch noch eine alte Mutter hinterläßt, welche an Epilepsie leidet und deren einzige Stütze dieser ihr Sohn war. — In Hinsicht unserer ziemlich im Argen liegenden **Kreisstraßen** hören wir, daß bei der jüngsten Kreisversammlung Beschlüsse gefaßt worden sind, welche nunmehr eine bessere Instandhaltung dieser Wege hoffen lassen. (Telegr.)

Mannigfaltiges.

— (**Köln**, 6. Nov.) Gestern wurde hier ein interessanter Gaunerstreich verübt. Am Morgen kamen zwei elegant gekleidete, Französisch sprechende Herren in den Laden eines unserer bedeutendsten Goldschmiede und Juweliere und ließen sich hier mehrere Pretiosen zur Auswahl vorlegen. Nach langem Mustern wählten sie einen Halsschmuck, verschiedene Ohrgehänge, Tuch- und Busennadeln und baten den Goldschmied, nachdem sie über den Preis des nicht unbedeutenden Ankaufs einig, sich mit ihnen in ihren Gasthof zu verfügen, um hier die Bezahlung des Betrages von ungefähr 1000 Thalern in Empfang zu nehmen. Der Goldschmied erklärte sich natürlich dazu bereit und geleitete die beiden Herren in einen unserer ersten Gast-

höfe. Auf dem Zimmer der Fremden angekommen, bestellten diese sogleich Champagner zum Morgentrunke. Einer derselben überreichte dann dem Goldschmiede ein Kästchen, mit dem Ersuchen, die Pretiosen in dasselbe zu verpacken, was der Goldschmied auch sorgfältig that. Als dies geschehen, bat man ihn, eine doppelte spezificirte Note auszuschreiben. Während der Goldschmied hiermit beschäftigt war, verließ einer der Fremden das Zimmer. Als dieser, nachdem die Noten schon längst fertig waren, nicht zurückkehrte, stellte sich der Andere betroffen und entfernte sich dann auch, unter dem Vorwande, einmal nachzusehen, wo sein Freund geblieben sei, und das Geld zu holen. Wer aber das Wiederkommen vergaß, waren die beiden Fremden. Der Goldschmied wußte nicht, was er von dem Ausbleiben der Herren halten sollte; da sie gar zu lange blieben, mochte er Unrath wittern; er nahm sein Kästchen, fand dasselbe sehr leicht und, da er es öffnete — leer. Er war von ein Paar Industrie-Rittern geprellt, welche wahrscheinlich aus der höheren Gaunerei ein Geschäft machen und hier eine eben nicht sehr feine Escamotage ausgeführt hatten. Der Wirth hatte für seine Zeche auch das leere Nachsehen, indem die Polizei die Reisekoffer der Gauner mit Stroh und Steinen angefüllt fand. (Köln. Z.)

— Der Professor **Langenbeck** in Berlin verrichtete am 6ten d. an einem Landprediger eine der schwierigsten und schmerzhaftesten **Operationen**, und zwar die des **Markschwamms**. Der Patient konnte vor der Operation nicht durch Aether betäubt werden, denn die Nase mußte der Länge nach durchschnitten und auch der Gaumen getheilt werden. Die Operation war so schmerzlich, daß anwesende Aerzte sogar von Mitgefühl überwältigt, das Zimmer verließen. C. C.

Inserate.

E. Patriotismus.

In Magdeburg hat die Tochter eines alten Offiziers, ein Fräulein von 14 Jahren, weil ihr keine andern Schätze zu Gebote standen, ihr schönes reiches Haupthaar geopfert, um es als Gabe auf den Altar des Vaterlandes zu legen. Es sind, mit demselben durchflochten, eine Menge Schmucksachen von Silber angefertigt, und mit denen eine Verloosung eingeleitet worden. Der Ertrag davon ist für die in Berlin, Dresden, Schleswig-Holstein, Pfalz, Baden u. s. w. verwundeten preußischen Krieger und für die Hinterbliebenen der Gefallenen bestimmt. Möge er recht reichlich ausfallen! *)

Den Geist dieses Fräuleins athmet ein Gedicht von ihr, welches dem Programme vorgedruckt ist, was diese Verloosung näher angiebt. — Wir können uns jedoch nicht enthalten, hier noch ein zweites zu veröffentlichen, welches sie als Antwort auf eine ihr von Calvörde zugesandte kleine Krone von frischem Lorbeer, Rosen, Myrthen und Vergißmeinnicht verfaßte.

„Wer Ros' und Myrthe sinnig mir gesendet,
Umrankt von Lorbeer und Vergißmeinnicht,
Der hat zu große Huld mir zugewendet:
Denn was des Herzens heilige süße Pflicht
Geweiht des Vaterlandes Heldensöhnen,
Kann nicht der Lorbeer, nur die Myrthe krönen.

So mag er stolz das Haupt der Braven schmücken,
Die meines Königs — meines Landes Schild,
Mich darf die Ros' und Myrthe nur beglücken.
Sie sind der Jungfrau still bescheidnes Bild —
Und freudig wird mein Herz sie gern bewahren
Als Talisman, im Glück und in Gefahren.

Und wann auf seinen goldumsäumten Schwingen
Sich Preußens Aar zum neuen Flug erhebt,
Wann jubelnd wir die Siegeshymnen singen,
Dann wird der Dank, der heut mein Herz belebt,
Noch inniger dem fernen Geber sagen:
Daß sein es denkt, auch in der Zukunft Tagen."

*) Es sind von dem in Magdeburg in dieser Angelegenheit zusammengetretenen Komitee Loose nach Schlesien und auch an mich gesandt worden. Wer aus Patriotismus und aus Liebe zur guten Sache sich daran zu betheiligen wünscht, der wolle sich gefälligst an mich nach Münsterberg wenden. Verrathen kann ich übrigens auch, daß die junge Patriotin eine geborne Schlesierin ist. J. G. Elsner.

An den königlichen General der Kavalerie, Minister-Präsidenten, Ritter des schwarzen Adlerordens,

Herrn Grafen von Brandenburg
Excellenz.

Hochgeborner Herr Graf!

Es naht der Tag, an welchem im vorigen Jahre Eure Excellenz dem Wunsche Seiner Majestät folgend, an die Spitze der Verwaltung traten. Zu einer Zeit, wo jeder den König und das Vaterland wahrhaft liebende Preuße voll banger Sorge in die nächste Zukunft blickte, ergriffen Sie mit kräftiger Hand das Ruder, und nur die Kraft, nur der Muth, mit welchem Sie Ihr Leben für das Allgemein-Wohl einsetzten, hat das Schiff seit jener Zeit bis auf den heutigen Tag vor dem Stranden geschützt.

Wohl sind der Elemente noch viele vorhanden, welche Ihrem Streben hemmend entgegentreten, welche das Schiff aufs Neue in die Brandung dem Abgrunde zutreiben möchten, indeß wie Seine Majestät der König was Sie gethan in der nur Ihm eigenen würdigen Weise bereits öffentlich anerkannt hat, so fühlt auch der größte Theil der Nation im Innern des Herzens tief, was er Ihnen schuldet. Die volle Würdigung aber bleibt hier, wie bei allem wahrhaft Edlen, einer späteren, von den jetzt herrschenden Leidenschaften nicht mehr erregten Zeit vorbehalten, und wenn die Nachwelt einst bewundernd auf den König zurückblickt, dessen Größe, dessen Tugenden leider nur ein Theil Seines Volkes in ihrem ganzen Umfange erkannte, wenn die Söhne den Verpflichtungen ihrer Väter genügend, Ihm Ehren-Denkmäler errichten, dann werden sie in dankbarer Anerkennung auch den Namen des Mannes nennen, dessen rettende That Preußen im gefahrvollsten Augenblicke die Erhaltung seiner innern Ruhe verdankte.

Uns aber, die wir solche Verpflichtungen nicht erst auf unsere Söhne zu übertragen wünschen, gestatten Eure Excellenz schon jetzt den Zoll des Dankes Ihnen darzubringen, und an dem für das ganze Land so hochwichtigen Tage den innigen Wunsch auszusprechen, daß unserm allergnädigsten Könige und Herrn, sowie dem großen gutgesinnten Theile der Nation Ihre segensreiche Wirksamkeit noch recht lange erhalten bleiben, und daß der Schöpfer, — damit dies geschehen könne — Ihnen wie bisher die nöthige Kraft und Gesundheit in vollem Maße schenken möge.

Breslau, im November 1849.

Der Treubund für König und Vaterland.
Der Vorstand.

Heinrich Graf v. Reichenbach-Brustawe, Vorsitzender.
Berndt, Senior; Voigt, Provinzial-Steuer-Direktions-Sekretär, Beisitzer.
Scharnweber, Universitäts-Kontroleur; Baucke, Seminar-Direktor, Schriftführer.
Streicher, Wagenbauer; Stier, Provinzial-Steuer-Direktions-Sekretär, Säckelmeister.
Brichant, Stuckateur und Vergolder; Herder, Tapezirer, Ordner.

Theater-Nachricht.

Freitag. 36ste Vorstellung des Abonnements von 70 Vorstellungen. **„Pachter Feldkümmel von Tippelskirchen."** Posse in 5 Akten von Kotzebue. — Zum Schluß: **„Paris in Pommern"**, oder: **„Die seltsame Testamentsklausel."** Vaudeville-Posse in 1 Aufzuge, mit bekannten Melodien versehen von Louis Angely. — Herz Lewi, Herr **Gädemann**, als Gast.

K. 12. XI. 6. R. □ I.

Verein. △ 12. XI. 6. R. △ I.

Verlobungs-Anzeige.
(Statt jeder besondern Meldung.)

Die Verlobung meiner Tochter Fanni mit dem praktischen Arzte Herrn Dr. Born aus Kempen, zeige ich hierdurch Verwandten und Freunden ergebenst an.

Czarnowanzer Glashütte, den 4. Novbr. 1849.
Heymann Ebstein.

Fanny Ebstein,
Dr. Born,
empfehlen sich als Verlobte.

Verlobungs-Anzeige.

Die heute vollzogene Verlobung unserer Tochter Dorothea mit dem Kaufmann Hrn. M. Naschelsky aus Grottkau, beehren wir uns hierdurch, statt besonderer Meldung, Verwandten und Freunden ergebenst mitzutheilen.

Neisse, den 6. November 1849.
A. S. Deutsch nebst Frau.

Dorothea Deutsch.
Markus Naschelsky,
empfehlen sich als Verlobte.

Entbindungs-Anzeige.

Gestern Abend um 11 Uhr ist meine geliebte Frau, Johanna, geb. Markstein, von einem gesunden Mädchen schwer, doch glücklich entbunden. Breslau, am 8. Nov. 1849.
Prof. Dr. Haase.

Todes-Anzeige.

Heute Vormittag 11½ Uhr endete nach langen Leiden unser theurer Gatte, Vater und Großvater, der geheime Staatsminister a. D., Christian von Rother, im beinahe vollendeten 71. Lebensjahre sein thatenreiches, viel bewegtes Leben. Um stille Theilnahme an ihrem namenlosen Schmerz bitten:
die Hinterbliebenen.
Rogau, den 7. November 1849.

Todes-Anzeige.

Den am 28. Oktober d. J. früh 11¼ Uhr erfolgten Tod ihrer innigst geliebten Mutter, der verw. Kanzlei-Inspektor Weickert, zeigen Verwandten und Freunden, statt besonderer Meldung, ergebenst an:
Die Hinterbliebenen.
Glogau, den 7. November 1849.

Heute Mittag und Abend, wie alle Freitage gesottene Karpfen. **Sabisch**, Neuschestr. 60.

Ich wohne jetzt am **Ohlauer-Stadtgraben Nr. 16**, in der chirurgischen Klinik. Dr. **Lange**.

Laetitia.

Sonntag den 11. November **Soirée**.
Die Direction.

Concert-Anzeige.

Sonnabend den 10. Novbr. findet meine bereits angekündigte **Soirée im Saale der Humanität** bestimmt statt.

Programm.

1) Rondeau für die Flöte von Kalliwoda. 2) Zwei Duo's für Alt und Tenor von Mendelssohn-Bartholdi, vorgetragen von geschätzten Dillettanten. 3) Divertimento für das Violoncello, vorgetragen von Herrn Bruns. 4) Variation und Rondeau für Pianoforte und Flöte, vorgetragen von Herrn Werner. 5) Zwei Lieder: a) von Zedlitz, b) von Belke, vorgetragen von einer geschätzten Dillettanten. 6) Fantasie für die Violine von Molique, vorgetragen von Hrn. H. Jäschke. 7) Zwei Lieder von L. Schnabel, vorgetragen von Herrn D. Letzner. 8) Potpourri für die Flöte von Lobe.

Anfang präcis 7 Uhr.

Billets à 15 Sgr. sind in sämmtlichen hiesigen Musikalienhandlungen und an der Kasse à 20 Sgr. zu haben.
G. Friebe, Flötist.

Weiß-Garten.

Heute Freitag: 5. Abonnement-Konzert der Philharmonie. Zur Aufführung kommen: Sinfonie von Haydn und Ouverture von Schönfeld.
Entree für Nichtabonnenten à Person 2½ Sgr.
Anfang 6 Uhr. Ende 9 Uhr.

Zum **Fleisch- und Wurst-Ausschieben** heute Freitag den 9. November ladet ergebenst ein: **Fröhlich**, Cafetier, Tauenzienstraße Nr. 45.

Zum **Fleisch- und Wurst-Ausschieben** auf Sonnabend den 10. November, ladet ergebenst ein: **C. Thiel**, kleine 3 Lindengasse Nr. 5

Buchdruckerei-Verkauf.

Eine Buchdruckerei in einer Kreisstadt, mit zwei Wochenschriften und sämmtlichem Verlage, welche sich besonders für einen Buchhändler eignen würde, ist für 2500 Rtlr. zu verkaufen. Näheres in der Buchhandlung **Aug. Schulz u. Comp.** in **Breslau**, Altbüßerstraße Nr. 10.

Drei gute, dauerhaft und elegant gearbeitete Repositorien von Zuckerkisten-Holz, stehen zu verkaufen Heilige Geiststraße Nr. 20, 2 Stiegen hoch.

In der Buchhandlung von **Graß, Barth u. Comp.** in **Breslau** ist zu haben:

Die prophetische Kraft des magnetischen Schlafes,

oder wunderbare Enthüllungen der menschlichen Zukunft durch Somnambülen und Clairvoyants. Psychologisch erläutert und durch zahlreiche Beispiele bestätigt. Nebst Fingerzeigen, die zum Hochschlaf geeigneten Individuen zu erkennen, und sie in den Zustand des Hellsehens zu versetzen, von Dr. Alois Angelhuber. 8. Geh. 1 Rtl.

Diese Schrift ist für Alle Jene von dem höchsten Interesse, welche in der Seelenthätigkeit der Clairvoyants die schlagendste Bürgschaft für das Fortleben des Geistes nach der Trennung vom Leibe anerkennen; aber noch außerdem beschäftigt sie die Phantasie des Lesers in hohem Grade und ist bei ihrem blühenden und doch populären Vortrag ganz dazu geeignet, auch bei den in die Wissenschaft des Magnetismus nicht Eingeweihten über das Weissagungsvermögen der Schlafredner, das von vielen Zweiflern noch für eine Täuschung gehalten wird, klare und richtige Begriffe zu verbreiten.

Den Umtausch der Friedr.-Wilh.-Nordbahn-Certifikate

gegen Original-Aktien, sowie die Realisirung der darauf haftenden 4% Zinsen besorgen gegen billige Provision:
Gebr. Guttentag.

Im Besitz meiner Frankfurter Meßwaaren empfehle ich mein sehr reichhaltig assortirtes Modewaaren-Lager einem geehrten Publikum zur geneigten Berücksichtigung.

Die so rasch vergriffenen wollenen Lustre-Stoffe, so wie gestickte Thibet-Roben sind in sehr großer Auswahl zu den billigsten Preisen wieder angekommen,

Die neuesten Façons seidener, wollener und halbwollener Mäntel empfiehlt von dem niedrigsten Preise an:
A. Weisler,
Schweidnitzer- und Junkern-Straße-Ecke Nr. 50.

Veredelte Obstbäume und Kernwildlinge

jeder Art und Größe, so wie Quitten und Johannisholz, alles in bedeutender Auswahl, sind in meiner Baumschule zu Krelkau bei Münsterberg sehr billig zu verkaufen.
Krelkau, den 7. November 1849. **C. Peicker**, Gärtner.

Farbige Gutta percha Lichtbilder

in reichster und schönster Auswahl, erhielt als empfehlenswerthe Neuigkeit:
Die Kunsthandlung **F. Karsch.**

Ein neu massiv gebautes **Haus** von vier Fenster Front, zwei Stock hoch, Zinkbedachung, schöne Treppen, Boden und Kellern, Doppelfenster nebst Hinterhaus, Stallung, Wagenremise und großem Garten, abgeschätzt auf 6890 Rthlr., gelegen in einer der lebhaftesten Vorstädte Breslau's, ist unter dem Taxwerth zu verkaufen. Das Nähere ist zu erfragen: Junkernstraße Nr. 29, eine Treppe hoch, im Comtoir.

Eichen-Verkauf.

Eichen von verschiedener Stärke und geradem Wuchs, fast durchgehends zu Nutzholz brauchbar, stehen verkäuflich ganz nahe der Breslauer Straße, bei dem Dominium **Buckowine**, Kreis Trebnitz, ohnweit Sibillenort.

Offene Werkmeisterstelle.

Für eine bedeutende Maschinenbau-Anstalt wird ein praktisch erfahrener Werkmeister unter sehr annehmlichen Bedingungen zu engagiren gesucht durch das Comptoir von **Clemens Warnecke** in Braunschweig.

Gasäther und Oelsprit,

à Pfund 4½ Sgr., letzterer für knopfförmige Brandkappen, ist aus der Fabrik von A. H. Polko in Ratibor, vorräthig bei:
Strehlow und Laßwitz,
Kupferschmiedestraße 16.

Gut gehaltene Mahagony- und andere Möbel sind veränderungshalber billig zu verkaufen, Blumenstrasse Nr. 2, 2te Etage.

Drei Linden, Ohlauer-Straße 75, eine Stiege hoch.

Höchst wichtige Botschaft für die Herren in Breslau und Umgegend!

Angeregt durch das vielseitige Vertrauen, dessen sich unser Etablissement seit Jahren selbst in Schlesien zu erfreuen hat, haben wir uns entschlossen, Breslau mit einem großartigen Kommissions-Lager **auf kurze Zeit** zu versehen, und ermächtigen und **verpflichten** hiermit den Inhaber desselben, die Preise sowohl en gros an Wiederverkäufer, als namentlich en détail **an das resp. Publikum** ganz eben so billig zu stellen, wie hier in Berlin, und wie es der anerkannt billige Ruf unseres Etablissements unabweislich fordert. Berlin, im November 1849.

Der Vorstand der Ersten Preuß. Landes- und National-Haupt-Garderobe-Manufaktur zum Preuß. Adler.

Bezugnehmend hierauf empfiehlt das **Kommissions-Lager** der Haupt-Manufaktur

zum Preußischen Adler,



aus Berlin.

ihre wahrhaft eleganten und großartigen Vorräthe kompleter fertiger Herren-Anzüge zu folgenden nie wieder vorkommenden, beispiellos billigen Preisen, unter **ausdrücklicher Garantie** für Gediegenheit der solidesten Arbeit, und größter Eleganz des Schnittes:

1 eleganter Tuchrock auf Orlin, 6, 8—10 Rthl.
1 desgl. superfeiner Elektoral, 11, 12—14 Rthl.
1 eleg. wattirter Tween, 7½, 9—10 Rthl.
1 dergl. höchst nobel, 11, 12—15 Rthl.
1 Phantasie- oder Leibrock, 9, 10—12 Rthl.
1 dauerhafter Winterrock, 4, 5—6 Rthl.
1 dergl. in feinem Tuch, 8, 9—10 Rthl.
1 Calmuk- oder Tscherkessen-Rock, 4½, 6—7 Rthl.
1 dauerhafte Winter-Hose, 1¾—2 Rthl.
1 dergl. in französischem Bukskin, 3, 4, 5—6 Rthl.
1 Sack-Paletot oder Bournus, 4½, 6, 8, 10—12 Rthl.
Doppelt wattirte Haus- und Morgen-Röcke, von 2—10 Rthl.
Elegante Westen von 1—4 Rthl.
Mäntel mit langen Kragen, auffallend billig.

Kommen Sie schnell, meine Herren, Ihre kühnsten Erwartungen sollen möglichst übertroffen werden!

In den drei Linden, Ohlauer-Straße Nr. 75, eine Stiege hoch, (nicht par terre.)

Drei Linden, Ohlauer-Straße 75, eine Stiege hoch.

Nothwendige Subhastation.

Das der verehlichten Cafetier Riedel Christiane Karoline geborene Frenzel, gehörige Gartengrundstück Nr. 1082 hierselbst, worin seither die Schankwirthschaft betrieben, am 26. April 1848 auf 12,498 Rthlr. gerichtlich abgeschätzt, soll auf den **13. Dez. d. J.** von Vormittags 11 Uhr ab an hiesiger Gerichtsstelle subhastirt werden. Taxe und Hypothekenschein liegen in unserer dritten Kanzelei-Abtheilung zur Einsicht bereit.

Görlitz, 7. Juni 1849.

Königl. Kreisgericht. 1. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Das im Rybniker Kreise gelegene Rittergut Ober-Marklowitz, abgeschätzt auf 24,723 Rthl. 10 Sgr. 10 Pf., zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll am

4. April*) 1850, Vormittags 11 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Alle unbekannten Realprätendenten werden aufgeboten, sich bei Vermeidung der Präklusion in diesem Termine zu melden.

Rybnik, den 24. August 1849.

Königliches Kreisgericht. I. Abtheilung.

Delius.

*) In den Zeitungen vom 15. Sept. und 16. Oktober steht unrichtig: 4. August.

Bekanntmachung.

Höherer Verfügung zu Folge soll die Lieferung der Arzneien für die hiesige Garnison pro 1850 im Wege der Submission dem Mindestfordernden überlassen werden.

Zu diesem Behufe haben wir einen Termin

auf den 30. November d. J., Vormittags 10 Uhr,

in dem Geschäfts-Lokale des hiesigen königl. Garnison-Lazareths — Bürgerwerder Nr. 19 — anberaumt, und werden die darauf reflektirenden hiesigen Herren Apotheker ersucht, ihre schriftlichen, auf dem Couvert mit der Bezeichnung „Lieferungs-Anerbietung" versehenen, wohlversiegelten Offerten in dem vorbezeichneten Termine persönlich an die unterzeichnete Lazareth-Kommission abzugeben, sich dabei über ihre Lieferungsfähigkeit auszuweisen und demnächst der in Zeugen-Gegenwart stattfindenden Entsiegelung der Submissionen beizuwohnen.

Eine Minus-Licitation findet nicht statt; und auf später als im Termine eingesandte Submissionen, wie überhaupt auf Nachgebote kann durchaus keine Rücksicht genommen werden. Der Schluß des Termins ist Punkt 12 Uhr Mittags.

Die speziellen Lieferungs-Bedingungen, welche dem später abzuschließenden Kontrakte zum Grunde gelegt werden, können zu jeder schicklichen Tageszeit in unserem, oben näher bezeichneten Geschäftslokale eingesehen werden.

Breslau, den 7. November 1849.

Königliche Lazareth-Kommission.

Anzeige.

Eine in der Mitte der Stadt gelegene Bäckerei mit schöner und bequemer Wohnung ist zu verpachten und künftige Ostern zu übernehmen.

Das Nähere Ursulinergasse Nr. 12.

Ein Repositorium ist wegen Mangels an Platz spottbillig zu verkaufen. Das Nähere zu erfragen Albrechtsstraße Nr. 36, 2 Trepp.

Holz-Verkauf.

Aus dem königlichen Forst-Revier Schöneiche sollen;

1. **Den 22. November d. J.** von Vormittags 9 Uhr ab im Gerichtskretscham zu Friedrichshain.
   1) **Aus dem Schutzbezirk Tarxdorf,** circa 11 Klft. Eichen-Scheit-, 6½ Klft. desgl. Knüppel-, 6 Klft. desgl. Stock-, 140 Klft. Kiefern-Scheit-, 20 Klft. desgl. Knüppel- und 117 Klft. dsgl. Stock-, 4 Stück Eichen- und 4 Stück Kiefern-Nutz-Hölzer. (Frischer Einschlag).
   2) **Aus dem Schutzbezirk Heidau** circa 200 Klftrn. trocknes Erlen-Scheitholz.

II. **Den 24. November d. J.** von Vormittags 9 Uhr ab im hohen Hause zu Wohlau.
   1) **Aus dem Schutzbezirk Kreidel:** circa 90 Klft. Eichen-Scheit-, 6 Klft. desgl. Knüppel-, 48 Klft. dsgl. Stock Holz, 29 Klft. Kiefern-Scheit-, 19 Klft. dsgl. Stock-Holz, 25 Stück Eichen- u. 21 Stück Kiefern-Nutzhölzer. (Frischer Einschlag.)
   2) **Aus dem Schutzbezirk Heidau** circa 300 Klft. Erlen-Scheit-, 8 Klft. dgl. Stockholz, 3 Klft. Aspen-Scheit-, 2 Klft. dgl. Knüppel- (trockene Hölzer.)
   3) **Aus dem Schutzbezirk Buschen:** circa 80 Klft. Kiefern-Scheit-, 140 Klft. desgl. Stock-, ½ Klft. Birken-Scheit- und 90 Klft. Erlen-Scheit-, trockene Hölzer, meistbietend unter den im Termin bekannt zu machenden Bedingungen verkauft werden.

Schöneiche, den 7. November 1849.

Der königliche Ober-Förster Wagner.

Auktion. Am 10. d. M. Vorm. 10 Uhr, in Nr. 42 Breitestraße, Auktion von Cigarren, einer Partie diverser Weine und Rum in Flaschen. **Mannig,** Aukt.-Kommissar.

Zwei Wirthschafterinnen

können bald oder Weihnachten gut placirt werden:

für einen Rittergutsbesitzer, (Wittwer);
desgl. für einen unverh. Gasthofbesitzer.

Näheres sagt der Kommissionär Meyer in Hirschberg.

Korbmöbel

in neuester, gothischer und antiquer Façon, elegant und dauerhaft gearbeitet, in großer Auswahl vorräthig, als: Sopha von 7 Rtlr. an, Arm-, Lehn- und Täfel-Stühle von 2⅔ Rtl. an, Sessel von 2 Rtlr. an, Kaffee- und Blumentische, so wie Ständer, Lauben, Epheuwände u. Ofenschirme, Kinder-Sopha-Stühle, Tische 2c. zu den billigsten Preisen, empfiehlt der Korb-Möbel-Fabrikant **Ed. Gallisch in Berlin,** Markgrafen-Straße Nr. 33. (NB. Briefe und Gelder werden franco erbeten).

Gummischuhe mit Ledersohlen und Gesundheitssohlen, welche die Füße stets warm und trocken halten, **messingene Schiebelampen** zu 2 Thlr. und viele andere Lampen empfehlen: **Hübner u. Sohn,** Ring 35, eine Tr.

Auf dem Dominium Werndorf bei Trebnitz stehen wiederum gegen 60 Schock **Teich-Schauben** zum Verkauf.

Holsteiner Austern und Seezungen bei Lange u. Comp.

Frische Fasanen

empfing ich heut und verkaufe das Paar zu 25—30 Sgr., frische **Hasen,** gespickt à 12 bis 14 Sgr., **Rothwild,** von Rücken und Keule à Pfd. 3 Sgr. **W. Beier,** Wildhändler, Kupferschmiedestraße 16.

Vasen-Oefen,

(Hunde), sind wieder zu haben bei **Strehlow und Laßwitz,** Kupferschmiede-Straße 16,

Frische starke Hasen,

gespickt à 14 Sgr., so wie gespickte Rehkeulen à 28 Sgr. bis 1 Rtl. 5 Sgr. offerirt: **J. Seeliger,** Neumarktecke.

Große und kleine Güter, so wie andere Besitzungen werden zu kaufen gesucht. Offerten erbittet franco **C. Struve,** Neue Markt Nr. 16, in Berlin.

Klosterstraße Nr. 39 hat sich ein **Hund,** Wolfsrace, eingefunden, den der Eigenthümer gegen Erstattung der Insertionsgebühren und Futterkosten wieder abholen kann.

Ein sehr angenehmes mittles Quartier eine Stiege hoch, ist in dem neuen Hause am Fischmarkt, bald oder Neujahr zu beziehen. Das Nähere Stockgasse Nr. 15, eine Stiege.

Angekommene Fremde in Zettlitz's Hôtel.

Hauptmann von Ziegler aus Schweidnitz. Kaufmann Göpell aus England. Kaufmann Kohn aus Augsburg. Lieutenant von Gayl aus Berlin. Ober-Gerichts-Assessor Klein aus Oppeln. Ober-Gerichts-Assessor Baron v. Rottenberg aus Hirschberg. Oberamtm. Braune aus Crögersdorf.

7. u. 8. Nov.	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Barometer	27″ 11,58‴	27″ 11,38‴	27″ 11,63‴
Thermometer	+ 2,3	+ 2,0	+ 7,4
Windrichtung	W	SW	SW
Luftkreis	heiter	bed. Reg.	bedeckt.

Getreide- Oel- u. Zink-Preise.

Breslau, 8. November.

Sorte:	beste	mittle	geringste
Weizen weißer	56 Sg.	50 Sg.	42 Sg.
„ gelber	52 „	46 „	38 „
Roggen . .	28½ „	27 „	26 „
Gerste . .	24½ „	23 „	21 „
Hafer . . .	17½ „	16½ „	15½ „
Rother Kleesaamen .	9	bis 12½ Thlr.	
Weißer „ .	6	bis 12¾ „	

Spiritus 6 1/12 Thlr. Gl.
Rohes Rüböl 15 Thlr. Br.
Zink loco 4⅔ Thlr. bez.
Rapps 112. 109. 107.
Rübsen 95. 93. 91.

Börsenberichte.

Paris, 5. November. 3% — — 5% 87. 50.

Berlin, 7. November. Eisenbahn-Aktien: Köln-Mindner 3½% 95 à 94¾ bez. Krakau-Oberschlesische 4% 69 bez. und Br., prior. 4% 85½ Br. Friedrich-Wilhelms Nordbahn 54½ à 53¾ bez. und Gl. Niederschlesisch-Märkische 3½% 83¾ Br., Prior. 4% 94 Br., Prior. 5% 102¼ Gl., Ser. III. 5% 100⅞ Br. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4% 31 Br., Prior. 5% 88 Gl. Oberschlesische Litt. A. 3½% 106½ Br., Litt. B. 103¾ bez. — Geld- und Fonds-Course: Freiwillige Staats-Anleihe 5% 106 bez. Staats-Schuld-Scheine 3½% 88¼ bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine 101⅝ bez. Posener Pfandbriefe 4% — — 3½% 89½ bez. Preußische Bank-Antheile 96½ bez. und Br. Polnische Pfandbriefe alte 4% 96 Gld., neue 4% 95⅜ Br. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 81 Gl., à 300 Fl. 110 Gl.

Verkauf-Aufträge drückten heute die Kourse sämmtlicher Fonds und Eisenbahn-Aktien und wurden namentlich Bank-Antheile, Berliner-Anhalt, Hamburger, Krakauer, Magdeburg-Wittenberger, Nordbahn, vielseitig offerirt und bedeutend niedriger begeben.

Wien, 7. November Die Börse in Fonds und Eisenbahn-Aktien schwankend, schließt gegen gestern fast unverändert. Auch in Devisen und Comptanten wenig Veränderung. Gold, über 113 gemacht, ging wieder zur Notiz. Augsburg besser bezahlt und begehrt. 2¼ uhr. 5% Metal. 93½ bis ⅝; 4½% 83¼ bis ⅜; Nordbahn 106⅝ bis ¾.

Breslau, 8. November. **(Amtlich.)** Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 95½ Gl. Kaiserliche Dukaten 95½ Gl. Friedrichsd'or 113½ Br. Louisd'or 112 7/12 Br. Polnisches Courant 96 5/12 Br. Oesterreichische Banknoten 95½ Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 101½ Gl. Freiwillige preußische Anleihe 106 Gl. Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rthlr. 3½% 89 Br. Breslauer Stadt-Obligationen 3½% 96¾ Gl. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% 99¾ Gld., neue 3½% 89½ Gl. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rthlr. 3½% 95¼ Br., Litt. B. 4% 99⅓ Br., 3½% 93¼ Br. Alte polnische Pfandbriefe — — neue 95½ Br. Polnische Anleihe 1835 à 500 Fl. 81½ Br. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% 78 Br., Priorität 4% — — Oberschlesische Litt. A. 106⅓ Gld., Litt. B. 103½ Gld. Krakau-Oberschlesische 70 Gld. Niederschlesisch-Märkische 84½ Br., Priorität 5% 102 Gl. Serie III. 100¾ Gl. Neisse-Brieger 42¼ Br. Köln-Mindener 95 Gld., Priorität 102⅚ Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 54¾ Gld. — Wechsel-Course: Amsterdam 2 Monat 142⅓ Gld. Berlin 2 Monat 99¼ Gl., k. Sicht 100⅙ Br. Hamburg 2 Monat 149¾ Br., k. Sicht 150¼ Br. London 3 Monat 6. 26⅓ Br. Paris 2 Monat 81 Br.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.

Redakteur: Nimbs.